

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3 - 58. Jahrgang

16. Februar 2008

## Thema der Woche:

### Abrüstung bleibt auf der Tagesordnung

Vor einer „nuklearen Rüstungsspirale“ hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz gewarnt. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen nach Meinung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden verstärkt werden. Es könne aber „heute keine Fortschritte bei der Abrüstung geben, wenn nicht der Westen - und allen voran die Vereinigten Staaten - dabei eine Führungsrolle“ übernehme.



Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Steinmeier erklärte, die Zahl der Staaten mit Atomwaffen sei gestiegen. Er mahnte, dieser „gefährliche Trend“ müsse rasch gestoppt werden. Abrüstung sei kein Thema von gestern, sondern eine „Überlebensfrage von Morgen“, so Steinmeier. Er warnte, immer mehr Staaten seien in der Lage, sich Atomwaffen zu bauen. „Wenn es nicht gelingt, diesen gefährlichen Trend zu stoppen, droht eine neue Rüstungsspirale mit unabsehbaren Folgen“, sagte er.

Der Außenminister forderte, die Vereinten Nationen müssten ihren Druck auf Iran aufrecht erhalten und gegebenenfalls erhöhen. Iranische Atomwaffen müssten „um unserer eigenen Sicherheit willen und um Israels Sicherheit willen“ verhindert werden. Mit Blick auf das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem sagte Steinmeier: „Natürlich dürfen wir neue Bedrohungen nicht ignorieren. Aber wir müssen bei allen Lösungen, die vorgeschlagen werden, sehr ernsthaft diskutieren, ob sie per Saldo wirklich einen Zuwachs an Sicherheit bringen – oder neue Konfliktlinien eröffnen.“ □

## Umwelt:

### Berlin spart am CO<sub>2</sub>

Ehrgeiziges Klimaschutzprogramm wird umgesetzt

„Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz“ - unter diesem Titel hat die Koalition im vergangenen Jahr weitreichende Anträge in das Berliner Parlament eingebracht. Am Donnerstag standen die letzten zur Abstimmung.

Das Antragspaket geht auf die Initiative des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, zurück. Mehr Ökostrom für Berlins öffentliche Gebäude, mehr Solaranlagen, mehr Umweltbildung an Schulen und Kitas, härtere ökologische Kriterien bei der Auftragserteilung - das sind nur einige Stichpunkte.

Schneller als bisher ist der Energieverbrauch öffentlicher Gebäude zu senken, insbesondere durch Wärmeschutzsanierungen. Um die Betriebskosten zu senken bzw. zu stabilisieren, soll bis 2011 mindestens ein Viertel der noch nicht energieoptimierten öffentlichen Gebäude saniert werden, so Daniel Buchholz. „Dies kann direkt durch Investitionen der öffentlichen Hand erfolgen oder durch Energiepartnerschaften mit privaten Investo-



Bundsumweltminister Sigmar Gabriel diskutierte am Dienstag in Berlin mit Berliner SPD-Mitgliedern über Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Foto: Christian Stegmüller

ren.“ Die Hälfte der öffentlichen Gebäude soll bis 2011 mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Und um stärkere Anreize für Energieeinsparungen zu schaffen, sollen zum Beispiel Schulen die Hälfte der von ihnen eingesparten Energiekosten selbst behalten können. Der Klimaschutz wird sich für das Land angesichts steigender Preise auch finanziell auszahlen. **BS** □

➔ Siehe auch Seite 5 und 7

## Bildung:

### Schule neu organisiert

Bildungssenator Zöllner: Mehr Gerechtigkeit bei Lehrerzuteilung

Mit einer grundlegenden Neuorganisation will Bildungssenator Jügen Zöllner dafür sorgen, dass die Lehrerstellen an den Berliner Schulen gerechter verteilt werden. Gleichzeitig unterstützt er die Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens in der Schulanfangsphase mit zusätzlichen Erzieherstellen.

Berliner Grundschulen haben hinter Sachsen und Sachsen-Anhalt die drittbeste Lehrkräfte-Ausstattung aller Bundesländer. Senator Zöllner: „Im letzten halben Jahr haben sich Schulen über eine zu dünne Personaldecke beklagt, weil die Lehrkräfte nicht bestmöglich verteilt waren.“ Dies wird nun abgestellt, das neue Verfah-

ren orientiert sich an der Klassenfrequenz. Gezielt werden darüber hinaus Mittel zum

## IN DIESER AUSGABE:

DEBATTE ZUR PFLEGEREFORM	SEITE 3
ALEX-PREISVERLEIHUNG	SEITE 6
„UNS SELBST TREU BLEIBEN“	SEITE 8

Förderunterricht, Sprachförderung und Ganztagsbetrieb eingesetzt. Für die neue Schulanfangsphase sind 120 Erzieherstellen eingeplant. Zöllner: „Mit diesen neuen Regeln werde ich für deutlich mehr Transparenz, Flexibilität und Gerechtigkeit in den Berliner Schulen sorgen.“ **BS** □

Bundes-SPD:

# Moderne Großstadtpolitik

Klaus Wowereit leitet neue Kommission auf Bundesebene

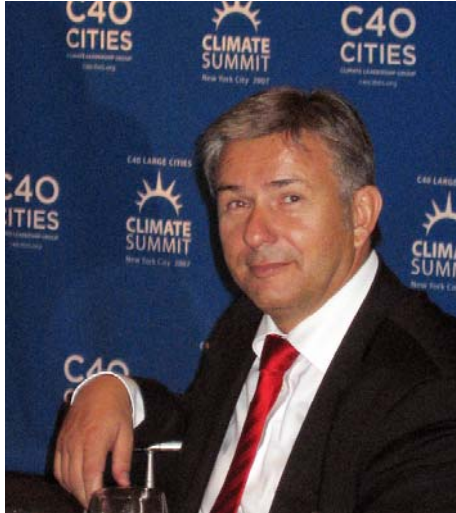
**Das SPD-Präsidium hat in dieser Woche beschlossen, eine Kommission zur Zukunft sozialdemokratischer Politik in den großen Städten unter der Leitung von Klaus Wowereit einzusetzen. Die Kommission solle dazu beitragen, dass „die SPD künftig in den großen Städten die bestimmende Kraft sein wird“, so Berlins Regierender Bürgermeister.**

Die Arbeitsgruppe soll dazu dienen, das sozialdemokratische Profil einer modernen, weltoffenen, innovativen und auf sozialen Ausgleich gerichteten Großstadtpolitik aufzuzeigen. Unter dem Titel „Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen“ werden die Kommissionsmitglieder sich unter anderem mit den neuen Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigen, die sich aus der Entwicklung in den großen Städten ergeben. Der Zusammenhalt der Gesellschaft, die Integration von Zuwanderern, Armutsbekämpfung, aber auch die Stärkung alter und neuer Wirtschaftskerne werden Themen sein. Dabei gehe es speziell darum, neue wirtschaftliche Chancen zu nutzen und so auch die jüngere, oft hochqualifizierte Stadtbevölkerung wieder mehr in die Politik einzubeziehen.

In den großen Städten, so Wowereit, konzentrieren sich aber auch „gesellschaftliche Entwicklungen und soziale Herausforderungen auf die die Politik neue Antworten finden muss“. Sozialdemokraten stünden dabei für einen „sozialen und zugleich ökonomischen Fortschritt“, um die Städte „wirtschaftlich stark und lebenswert zu halten“.

Mitglieder der Kommission sind neben Klaus Wowereit unter anderen der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, der Präsident des Senats der Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen, der Spitzenkandidat der Hamburger SPD für die Bürgererschaftswahl, Michael Naumann, die Chemnitzer Oberbürgermeisterin und SPD-Präsidiumsmitglied Barbara Ludwig sowie die Bonner Oberbürgermeisterin und SPD-Präsidiumsmitglied Bärbel Dieckmann.

„Die SPD will die bestimmende Kraft in den großen Städten sein“, heißt es im Beschluss des SPD-Präsidiums zur Einsetzung der Arbeitsgruppe. Die „europäischen Städte“ seien Orte der Innovation, der Kreativität und der Integration. Hier zeigen sich aber auch soziale Herausforderungen und Probleme, auf die die Politik neue Antworten finden muss. Bei Themen wie der Kin-



*Bringt auch internationale Erfahrung ein: Klaus Wowereit, Vorsitzender der neu eingesetzten SPD-Kommission zur Großstadtpolitik, vertrat Berlin im vergangenen Jahr auf der Klimakonferenz der 40 größten Städte in New York. Foto: JW*

derarmut, der sozialen Segregation oder der Ungleichheit von Bildungschancen wird eine Politik des sozialen Zusammenhalts auf besondere Weise auf den Prüfstand gestellt. „Sozialdemokraten wollen sozialen und ökonomischen Fortschritt stärken, um unsere Städte wirtschaftlich stark und lebenswert zu halten“, so das SPD-Präsidium.

Die Arbeitsgruppe soll die Situation der SPD in den Großstädten auf der Basis von empirischen und demoskopischen Daten analysieren und Konsequenzen für die Arbeit der Partei erarbeiten. Sie soll Probleme und Herausforderungen für die SPD in Großstädten erfassen und ein Problembewusstsein in der Partei wecken. Dies sei sowohl eine inhaltliche Aufgabe als auch eine strategische und kommunikative Herausforderung, so das SPD-Präsidium. Gleichzeitig erwachse mit populistischen Kräften von links bis rechts gerade in den Großstädten Konkurrenz, auf die die SPD Antworten finden muss.

Großstädte sind „Seismografen“. „Sozialdemokratische Antworten auf zentrale gesellschaftliche Herausforderungen müssen vor allem in den Großstädten gefunden werden. Erfolgreiche sozialdemokratische Politik in großen Städten ist eine Grundvoraussetzung für Wahlerfolge im gesamten Land“, stellte das SPD-Präsidium fest.

In diesem Zusammenhang seien Fragen der Parteiorganisation, insbesondere auch für die Entwicklung einer zeitgemäßen Parteil Kommunikation zu großstädtischen Milieus von besonderer Bedeutung. **BS** □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Jan Böning**, bisher Landessekretär der Berliner Jusos, ist vom Kurt-Schumacher-Haus ins Willy-Brandt-Haus gewechselt. Dort arbeitet er als Mitarbeiter im Juso-Bundesbüro.

**Bernhard Kempf** ist seit dem 1. Februar neuer Sprecher der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Gemeinsam mit dem bisherigen Pressesprecher Kenneth Frisse erläutert der 46-jährige Journalist seit Monatsbeginn die Politik von Bildungsminister Jürgen Zöllner. Zuvor war Kempf, dessen journalistische Laufbahn beim RIAS Berlin begann, als Redakteur und Nachrichten-Präsentator für das Inforadio vom Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) tätig.

**Annette Fugmann-Heesing**, Vorsitzende des Fördervereins „Berlinische Galerie e.V.“, ist vom Berliner Senat als Stiftungsratsmitglied der Stiftung Berlinische Galerie für die kommenden vier Jahre berufen worden. Die Mitglieder dieses Gremiums sind ehrenamtlich tätig.

**Derzeit finden in Abteilungen und Kreisen der Berliner SPD Vorstandswahlen statt. Einige der uns mitgeteilten Ergebnisse:**

Die Jahreshauptversammlung der **Abteilung Kreuzberg 61** hat Harald Georgii als neuen Abteilungsvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreterinnen sind Hediye Erdem, Angelika Müller und Miriam Noa. Abteilungskassierer bleibt Ulrich Haneke. Zum Schriftführer wurde Alexandros Thoki gewählt.

Am 29. Januar 2008 hat die **SPD-Abteilung Friedrichshagen** ihren neuen Vorstand gewählt. Astrid Brand, die die Abteilung über viele Jahre als Vorstand geführt hat, hat das Zepter an Alexander Wriedt übergeben. Stellvertretende Abteilungsvorsitzende sind Monika Drews, Sascha Boerger und Peter Durinke, Kassierer ist Helmut Stern, Schriftführerin Karoline Feldmann. □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORREkt Mailingservice Berlin

Bundestagsfraktion vor Ort:

# „Ambulant vor stationär“

Ulla Schmidt und Mechthild Rawert zur Pflegereform

**"Pflege gehört in den Mittelpunkt der Gesellschaft", erklärten Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Mechthild Rawert, SPD-Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, am Mittwochabend auf einer Veranstaltung in Tempelhof vor etwa 200 Gästen.**

Dort schilderten auch Angehörige von Pflegebedürftigen ihre Erfahrungen in der häuslichen Pflege und von einigen Absurditäten mit den Pflegekassen. VertreterInnen von Pflegeeinrichtungen berichteten, sie wollten qualitativ hochwertig pflegen und bräuchten dafür bessere Rahmenbedingungen.

Einigkeit bestand darüber, dass eine qualitätsorientierte Pflegereform den Menschen dazu verhelfen soll, möglichst lange

selbstbestimmt in der eigenen Umgebung zu bleiben.

"Wir wollen deshalb das Prinzip ambulant vor stationär ausbauen. Damit die belastende Organisation rund um die Pflege reduziert wird, wollen wir Pflegestützpunkte mit PflegeberaterInnen schaffen", unterstrich Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Unter einem Dach solle individuell beraten und das gesamte Leistungsgeschehen bedarfsgerecht koordiniert werden.

Die Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert ergänzte: „Hier wird dann auch über die notwendigen Leistungen entschieden - der Kranken- und Pflegeversicherung, der sozialen Träger. Wir stärken damit wohnortnah die Angebotsstruktur.“

Anke Wilde □

Tempelhof-Debatte:

## Rechtlich abgeschlossen

Juristen: Senat kann keinen Flugbetrieb mehr zulassen

**Rechtlich ist die Debatte um eine Weiterführung des Flugbetriebs in Tempelhof trotz des kommenden Volksentscheids abgeschlossen. Gerichte haben die Schließung in letzter Instanz bestätigt. Die Flughafengesellschaft ist ab 31. Oktober von der Pflicht befreit, den defizitären Flughafen weiterzubetreiben. Der Senat hat - unabhängig von politischen Wünschen - gar keine rechtliche Handhabe mehr, dies rückgängig zu machen, sagen Experten.**

Um in Tempelhof nach dem Oktober Flugbetrieb zu ermöglichen, wäre nach Ansicht des Planungsrechtlers Klaus-Martin Groth ein völlig neues Planfeststellungsverfahren notwendig. Damit müsste erneut eine „luftverkehrsrechtliche Zweckbestimmung“ festgelegt werden, sagte er dem „Tagesspiegel“. Das aber wäre ein aussichtsloses Unterfangen, weil innerstädtische Flughäfen heute nicht mehr als genehmigungsfähig gelten. Ein jahrelanger Rechtsstreit wäre die Folge.

Den jetzt anstehenden Volksentscheid hat der Berliner Verfassungsrechtler Christian Pestalozza als „ein rechtlich ganz abwegiges Unterfangen“ bezeichnet. Der Volksentscheid wende sich an das Abgeordnetenhaus, das in dieser Frage keine Zuständigkeit habe. Denn der Flughafen Tempelhof, so Pestalozza, falle unter das Luftverkehrsgesetz und damit in die Zuständigkeit des Senats. Der wiederum könne auch deshalb gar nicht anders entscheiden,

weil er sonst den geplanten Großflughafen gefährden würde. Der CDU warf der FU-Experte im Zusammenhang mit dem Volksentscheid "Augenwischerei" vor.

Petra Hildebrandt, Neuköllner SPD-Abgeordnete: „Rechtlich betrachtet hat das Volksbegehren wie auch ein darauf folgender Volksentscheid zur Weiternutzung des Flughafen Tempelhof keine Bindungswirkung für den Senat von Berlin. Zu dieser Auffassung kommt selbst der Rechtsgutachter der ICAT, Herr Dr. Rossi, Privatdozent an der Humboldt-Universität. Die Schließung des Flughafen Tempelhof zum Ende des Jahres 2008 ist eine reine Verwaltungsentscheidung des Berliner Senats. Verwaltungsentscheidungen können nur vom Senat getroffen werden.“ Auch sie wirft den Betreibern des Volksbegehrens daher Irreführung vor.

„Der Berliner Senat“, so Petra Hildebrandt, „ist in seinen Entscheidungen an den ‚Gemeinsamen Landesentwicklungsplan‘ mit dem Land Brandenburg und an den Planfeststellungsbeschluss der Luftverkehrsbehörde gebunden. Beide schreiben eine Schließung des Flughafen Tempelhof vor, damit der Großflughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI) in Betrieb gehen kann. Das Land Berlin kann nicht einfach bestehende Planungsbeschlüsse mit dem Land Brandenburg übergangen. Ein solches Vorgehen wäre rechtswidrig. Brandenburg würde zu Recht dagegen gerichtlich vorgehen können.“ BS □



Diskutierten über die Zukunft der Pflege: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert.

Buchpräsentation:

### Brandts Prozessbericht

Zu einer Buchpräsentation mit Richard von Weizsäcker und der Historikerin Helga Grebing lädt die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 20. Februar um 18 Uhr, ins Zeughauskino des Deutschen Historischen Museums. Vorgestellt und diskutiert wird Willy Brandts "Verbrecher und andere Deutsche" (1946), der erstmals auf Deutsch veröffentlichte Bericht über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Lebensumstände im Nachkriegsdeutschland. Mit seinem zeitgenössischen Bericht über den Nürnberger Prozess wollte Willy Brandt auch dem Vorurteil entgegentreten, alle Deutschen seien Nazis gewesen. Voller Mitgefühl beschreibt er die Lebensbedingungen in Deutschland und befasst sich mit den Zukunftshoffnungen. Telefonische Anmeldung bis 18.2. unter 7877 070. BS □

Finanzen:

### „Speiseplan überflüssig“

„Es ist ein Rechenbeispiel. Ich denke aber, dass es nicht notwendig war.“ Mit diesen Worten kommentierte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit einen von Finanzsenator Thilo Sarrazin veröffentlichten Speiseplan, der nachweisen sollte, dass eine „vollständige, gesunde und wertstoffreiche“ Ernährung auch für Empfänger von Arbeitslosengeld II möglich sei. Jeder wisse, dass das in dieser Situation zur Verfügung stehende Geld „nicht üppig“ sei, betonte Wowereit. Die Veröffentlichung, mit der der Berliner Finanzsenator Forderungen nach Erhöhung des Regelsatzes entgegenwirken wollte, um den Berliner Landshaushalt nicht erneut zu belasten, war bei Betroffenen, aber auch bei der AWO und in der SPD auf Kritik gestoßen. Ziel bleibt es aber vor allem, Arbeitslosengeld-II-Empfänger so rasch wie möglich wieder in Arbeit zu ermitteln. BS □

Marzahn-Hellersdorf:

## Weniger rechte Straftaten

Die vom Innensenator Ehrhart Körting (SPD) in der letzten Woche vorge stellte Studie "Rechte Gewalt in Berlin 2003 - 2006" zeigt ein erfreuliches Bild von Marzahn-Hellersdorf auf: 6 Prozent der in Berlin registrierten Straftaten entfallen auf Straftaten in diesem Bezirk. Bei der Vorgängerstudie nahm Marzahn-Hellersdorf noch den unrühmlichen dritten Platz ein.

Der Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete Sven Kohlmeier (SPD) führt den Rückgang auf die sehr gute Ermittlungstätigkeit und Strafverfolgungstätigkeit der Polizei, aber auch auf die konsequente Ächtung und Bekämpfung rechter Gewalt durch die demokratischen Parteien zurück. Auch die Tätigkeit der "Netzwerkstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene" (polis) und die Finanzierung der politischen Bildungsarbeit sind Teil des Kampfes gegen Rechts extremismus.

Die Studie basiert auf einer Auswertung rechter Gewaltstraftaten, die zwischen 2003 und 2006 in Berlin begangen wurden: Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 300 Delikte in Berlin vom polizeilichen Staatsschutz als "Politisch motivierte Gewaltkriminalität - rechts" bewertet. Die Broschüre befasst sich zudem mit der Frage der Einbindung der Gewalttäter in das rechtsextremistische Spektrum und zeigt Gegenmaßnahmen auf.

Kohlmeier warnte davor, sich auf Grund der Studie zurückzulehnen. „Die demokratischen Kräfte im Bezirk sind weiterhin aufgerufen, jegliche Form von Rechtsextremismus zu bekämpfen. Im Bezirksparlament sind drei NPD-Verordnete vertreten - dies sind immer noch drei zuviel.“ **PM** □

Spandau:

## Jugendclubs erhalten

Die Spandauer SPD setzt sich weiter für den Erhalt der Jugendclubs im Bezirk ein. Auf einem Aktionstag am vergangenen Wochenende wurden Unterschriften gesammelt, Flugblätter verteilt und die Bürger informiert.

Die vorgenommenen massiven Einschnitte bei den Freizeitangeboten für Spandauer Jugendliche stoßen auf große Ablehnung. CDU, FDP und „Die Grauen“ haben im Bezirk drei Jugendeinrichtungen ersatzlos geschlossen. In Spandau werden von örtlichen Vereinen seit Mitte November vergangenen Jahres Unterschriften für ein Bürgerbegehren zum Erhalt aller Spandauer Jugendfreizeiteinrichtungen gesammelt. Die Spandauer SPD unterstützt die Forderungen und engagiert sich weiter in der Aktion „Rettet die Spandauer Jugendclubs“. **PM** □

# „Ecopolicyade“ gestartet

Petra Merkel: „Strategiespiel im Unterricht einsetzen“

Globalisierung, Nachhaltigkeit - alles hängt mit allem zusammen. Das Computerspiel „ecopolicy“ simuliert schwierige Zusammenhänge und schult vernetztes Denken. Deshalb gehört es in den Unterricht der Berliner Schulen, meint die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel.

Seit 2006 engagiert sich Petra Merkel für dieses Ziel, jetzt ist sie dabei einen großen Schritt vorangekommen. In einem berlinweiten Wettbewerb, der „Ecopolicyade“, treten erstmals verschiedene Teams von Schulen gegeneinander an.

Petra Merkel gelang es im vergangenen Jahr, die Berliner Stadtreinigung (BSR) als Sponsor und den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit als Schirmherr zu gewinnen. Mit einer Auftaktveranstaltung zur Ecopolicyade im Roten Rathaus präsentierte die BSR der Berliner Öffentlichkeit jetzt das Projekt ecopolicy. Angetreten waren fünf Schulteams und je ein Team aus Politik, Wirtschaft und Sport. Im Team Politik spielten die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel, der Berliner Landesschulrat Dr. Hans-Jürgen Pokall und der BSR-Personalvorstand Andreas Scholz-Fleischmann.

Im Rahmen der 1. Berliner Ecopolicyade haben rund hundert Schulen ihre Schulteams ausgespielt. Fünf Teams nahmen im Roten Rathaus am ersten Regionalentscheid teil. Weitere drei Regionalentscheide folgen in den nächsten Wochen.

Systemisches Denken, Teamgeist und Verantwortlichkeit werden durch die Computer-Simulation geschult. Unter dem Motto: 'Spielen hilft verstehen' erfand Frederic Vester, der 2003 verstorbene Vordenker der



Petra Merkel spielte im „Team Politik“ mit dem Berliner Landesschulrat Dr. Hans-Jürgen Pokall und dem BSR-Personalvorstand Andreas Scholz-Fleischmann. Foto: BSR

Umweltbewegung, drei realitätsnahe Spielländer - das Industrieland Kybernetien, das Schwellenland Kybinnien und das Entwicklungsland Kyborien, die es zu steuern und zu entwickeln gilt. Das Programm simuliert die Wirkungszusammenhänge, die sich aus einzelnen Spielentscheidungen ergeben. Damit schafft es Verständnis für die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge dieser Welt.

Den Wettbewerb im Roten Rathaus konnte das Team der Paulsen-Oberschule für sich entscheiden. Das Team hat sich damit bereits für das Finale der Berliner Ecopolicyade am 13. März 2008 qualifiziert.

„Das Faszinierende an ecopolicy ist, dass man genau verfolgen kann, welche Wechselwirkungen die jeweiligen Entscheidungen erzeugen. Denn alles hängt irgendwie mit jedem zusammen und die Folgewirkungen politischer Entscheidungen sind oft verblüffend - wie in der realen Politik,“ so Petra Merkel. **BS** □

# Kein Ausbau von Spree und Havel

SPD-Fraktion gegen überdimensionierte Baupläne

Die Pläne zum Ausbau von Spree und Havel in Berlin sind überdimensioniert und werden von der SPD-Fraktion abgelehnt, so der SPD-Umweltexperte Daniel Buchholz.

„Die im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums erstellte Prognose für den Güterverkehr auf den Wasserstraßen zeigt sehr deutlich: Der geplante Ausbau von Spree und Havel in Berlin ist nicht nur ökologisch bedenklich, sondern auch überflüssig, da er am Bedarf vorbei geht“, sagt Buchholz.

In Berlin soll der Güterverkehr mit Binnenschiffen von 2004 bis 2025 um rund 16% zurückgehen (von 3,1 auf 2,6 Mio. Tonnen), im ‚Zubringerland‘ Brandenburg sogar um 24% (von 3,8 auf 2,9 Mio. Tonnen). Angeht diese Zahlen wäre die Verbreiterung

und Vertiefung der städtischen Flüsse Havel und Spree für wenige Großschiffe eine eklatante Millionenverschwendung von Steuergeldern, so Buchholz. „Allein die Baumaßnahmen an der Spree sollen mehr als 40 Millionen Euro verschlingen, weitere Millionen sind für den anschließenden Ausbau der Havel vorgesehen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass der bereits erreichte Ausbaustand im Rahmen des Projekts 17 ausreichend ist. Einzig vertretbar ist die Anhebung der innerstädtischen Brücken von 4,50 auf 5,25 Metern Durchfahrthöhe, damit die Binnenschiffe Container problemlos in Doppelpage transportieren können. Die Koalitionsfraktionen bereiten dazu einen Entschließungsantrag für das Berliner Abgeordnetenhaus vor.“ **PM** □

Mitgliederforum:

# „Für die Zukunft meiner Tochter“

Sigmar Gabriel diskutierte mit Berliner SPD-Mitgliedern über Klimaschutz

**„Wirtschaftlicher Wohlstand und Umweltschutz müssen prinzipiell vereinbar sein - nur so lassen Chinesen und Inder sich vom Klimaschutz überzeugen.“ Und Deutschland müsse dazu als gutes Beispiel vorangehen, forderte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf einem Mitgliederforum der Berliner SPD am Dienstagabend.**

„Umweltpolitik ist nicht unbedingt SPD-typisch“, merkte der umweltpolitische Sprecher der Berliner SPD Fraktion, Daniel Buchholz in seiner Begrüßung an. Allerdings rangiert die Hauptstadt deutschlandweit im regionalen Klimaschutz auf Platz 2. Nicht nur die Umweltzone zur Reduzierung des Feinstaubes wurde hier zum Jahresbeginn eingeführt, auch ein Anfang der Woche von der SPD-Abgeordnetenhausfraktion angekündigtes Maßnahmenpaket zur CO<sub>2</sub>-Einsparung wird für weitere Verbesserungen sorgen. Viele Unternehmen profitieren von der steigenden Nachfrage umweltschonender Technologien. Das freut nicht bloß die Berliner Wirtschaft, sondern auch den Bundesumweltminister.

Angesichts endlicher Rohstoffe und einer wachsenden Weltbevölkerung ist weltweiter Klimaschutz dringend geboten. Schon lange verstopfen in Bombay nicht



Mitgliederforum der Berliner SPD: Sigmar Gabriel und die Fachausschussvorsitzende Heike Stock in der Diskussion. Foto: Christian Stegmüller

bloß Fahrräder die Straßen. Über 4 Milliarden Menschen in den neuen Industrieländern drängen zukünftig darauf, Kühlschränke, Computer und derlei Energie fressende Bequemlichkeiten zu nutzen. Dass dies ökologische Probleme aufwirft, zählt inzwischen zum Allgemeinwissen. Dass dies den Steuerzahler zudem teuer zu stehen kommt, eher weniger: Bereits heute koste der Klimawandel ein Prozent des Weltsozialproduktes, sagte der Bundesumweltminister.

Gut möglich wären auch 20%, wenn weitere Klimakonferenzen ausfielen und erste Hurrikans über Bayern fegen. "Effizienz" laute daher die Maxime, fordert Gabriel: „Innovative energiesparende Technologien

müssen entwickelt werden, um die bestehenden Ressourcen optimal auszubeuten und neue zu erschließen.“

"Bildung und Ausbildung ist unsere Antwort auf die ökologischen Probleme. Die Kernkompetenz der Deutschen ist seit jeher das Erfindertum", so Gabriel. Der Katalysator ist eine hiesige Entwicklung, genau so das Hybridauto. "Deutschland ist gerade dabei, seine Energiebasis umzustellen." Das gelingt nur, wenn die dafür notwendigen ordnungspolitischen Maßnahmen eingeleitet werden.

"Es gibt keine eindeutige Lösung", weiß der Bundesumweltminister. Dem Klimawandel muss man an mehreren Fronten begegnen. Dazu gehört unter anderem auch die Emissionsbesteuerung, welche den Unternehmen wirtschaftliche Anreize für den Klimaschutz gibt. Derartige strukturelle Reformen packen das Problem an der Wurzel und "doktor'n nicht bloß an den Symptomen herum". Und das sei nötig - auch „für die Zukunft meiner Tochter“.

Die anschließende Diskussion kreiste um das Problem des ökologisch Sinnvollen und politisch Machbaren. "Gesetze müssen in der Praxis durchsetzbar sein ohne die weniger Verdienenden dabei über die Maßen zu belasten", so Gabriel.

**Christian Stegmüller** □

## „Maximalen Nutzen erreichen“

SPD-Präsidium zu Kindergeld, Integration und Afghanistan-Einsatz

**Das Präsidium der SPD hat sich auf seiner Sitzung am Montag mit aktuellen politischen Fragen beschäftigt und insbesondere Stellung bezogen zur Debatte um Kinder- und Familienförderung, zur Verkürzung des Gymnasialzeit, zur Situation türkischstämmiger Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und zum deutschen Engagement in Afghanistan.**

Die SPD habe in ihrer Regierungszeit seit 1998 eine dreimalige Erhöhung des Kindergeldes durchgesetzt – insgesamt um 42 Euro auf jetzt 154 Euro monatlich für das erste und zweite Kind. Jetzt gelte die Koalitionsvereinbarung, vor weiteren finanziellen Festlegungen den Existenzminimumbericht abzuwarten, der darüber Auskunft geben wird, in welcher Höhe der sozialhilferechtliche Mindestbedarf eines Kindes liegt, so das Präsi-

um. Die Maßnahmen könnten dann vom Ausbau der Kinderbetreuung bis zur Erhöhung der direkten Geldleistungen wie dem Kindergeld reichen. Maßstab müsse der „maximale Nutzen für die Kinder“ sein. Die SPD will das Wohngeld erhöhen und den Kinderzuschlag weiter entwickeln. Gerade einkommensschwächere Menschen sollen bald bei den Wohnungs- und Heizungskosten entlastet werden.

Die SPD bekennt sich zu einer „Kultur der Anerkennung“, die Integration fördert, Ausgrenzung offensiv entgegentritt und ein angstfreies Zusammenleben der Kulturen zum Ziel hat. Die SPD will Zuwanderinnen und Zuwanderer integrieren, nicht assimilieren, so das Präsidium in einer Reaktion zur Rede des türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan. Unerlässlich sei die Beherrschung der deutschen Sprache. Die SPD setze sich aber für Mehrsprachigkeit ein.

Das SPD-Präsidium betonte die Verantwortung Deutschlands in Afghanistan. Schwerpunkt des militärischen Engagements wird aber weiterhin die Nordregion bleiben. Für die SPD kommt ein Einsatz im Süden Afghanistans, wie er derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nicht in Frage. Das im letzten Herbst beschlossene Bundestagsmandat sieht eine Truppen-Obergrenze von 3500 Soldaten vor; das ist und bleibt Grundlage des deutschen Afghanistan-Einsatzes.

Vielorts hat die Schulzeitverkürzung, die mit einer Erhöhung der Stundentafel und die Verdichtung des Lernstoffes einhergeht, zu einer hohen zeitlichen und psychischen Belastung der Schülerinnen und Schüler geführt. Nach Ansicht des SPD-Präsidiums darf es aber keine Abstriche an der Qualität der Schulbildung der Kinder geben. Wenn Kinder und Jugendliche in einer kürzeren Zeit zum Abitur geführt werden sollen, dann müsse auch der Schulalltag neu und besser organisiert werden, forderte das SPD-Präsidium.

**BS** □

## FRAKTION INTERN

**(Vor)Sorge um unsere Kinder.** Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses lädt im Rahmen ihrer Reihe „Fraktion im Dialog“ am Donnerstag, d. 6. März 2008 um 18.00 Uhr zu einer Diskussion über das neue Konzept zur Vorsorgeuntersuchung für Kinder.

Jeder möchte, dass sein Kind gesund ist. Deshalb gibt es die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen, die zeigen, ob ein Kind gesund ist und dem altersgemäßen Entwicklungsstand entspricht. Die Eltern bekommen dort Antworten vom Kinderarzt auf Gesundheitsfragen wie Bettnässen, Allergien, Schlafprobleme, Sprachstörungen und Impfungen.

Vorsorgeuntersuchungen sind nach derzeitigem Stand bis zum 12. Lebensjahr vorgesehen. Aktuelle Zahlen belegen aber, dass die Teilnahme an den Untersuchungen abnimmt, je älter die Kinder sind. Die SPD-Fraktion will zusammen mit ihrem Koalitionspartner diese regelmäßigen Gesundheitskontrollen insgesamt bekannter machen und plant die Einführung eines „verbindlichen Einladungswesens“. Dieses sieht vor, dass alle Eltern für die jeweilige Gesundheitskontrolle eine schriftliche Einladung erhalten; wenn dieser nicht gefolgt wird, fasst das Gesundheitsamt schriftlich bzw. telefonisch nach. Im besonderen Fall ist auch ein Besuch bei den Eltern zu Hause möglich.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass alle Kinder regelmäßig untersucht werden, denn das gibt Schutz vor Krankheit, Vernachlässigung und Gewalt.

Zur Diskussion über das Konzept der Fraktion lädt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Stefanie Winde herzlich ein. Mit zahlreichen Expertinnen und Experten sollen die Fragen vertieft werden, um einen wirksamen Schutz für Kinder und Jugendliche zu erreichen. Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Jutta Leder diskutieren Katrin Lompscher (Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz), Reinhard Naumann (Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport in Charlottenburg-Wilmersdorf), Ulrike von Haldenwang (Vorsitzende des Berliner Hebammenverbandes e.V.), Dr. Ulrich Fegele (Pressesprecher des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte) und Harald Möhlmann (Beauftragter des Vorstandes der AOK Berlin - die Gesundheitskasse).

TM □

➔ Donnerstag, 6. März 2008, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311 (Bernhard-Letterhaus-Saal), Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte. Anmeldungen sind unter der Rufnummer 2325 2222 bei der SPD-Fraktion möglich.



Verleihung des alex-Preises „Gemeinsam gegen Rechts“ am 31. Januar.

Fotos: Horb

alex-Preis:

## „Ein Gewinn für Berlin“

Tolle Ideen begeisterten die Jury

**Die Kreativität und der Ideenreichtum begeisterten die Jury. Bei der Verleihung des alex-Preises „Gemeinsam gegen Rechts“, den die Berliner SPD im November vergangenen Jahres ausgeschrieben hatte, hatten sich 79 Projekte beworben, die alle beispielhaftes Engagement für Demokratie und Toleranz im Alltag zeigen. Damit seien sie, so der SPD-Vorsitzende Michael Müller im überfüllten Betsaal des ehemaligen Jüdischen Waisenhauses in Pankow, „ein Gewinn für Berlin“.**

Insgesamt hatte die Berliner SPD 10.000 Euro Preisgeld ausgeschrieben, die sich nun fünf Initiativen teilen. Die Entscheidung sei der Jury sehr schwer gefallen, betonte Walter Momper, der zusammen mit dem israelischen Gesandten Ilan Mor, dem Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Johannes Tuchel, dem Musik- und Medienexperten Tim Renner und der Juso-Vorsitzenden Franziska Drohsel die Auswahl getroffen hatte. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller machte deutlich, dass der gemeinsame Kampf gegen Rechtsradikalismus und für Demokratie und Toleranz ein wichtiges Anliegen der SPD sei. Er verwies zudem auf die Gedenkstättenfahrten, die die Berliner SPD auch in diesem Jahr wieder anbiete, um die Geschichte erfahrbar zu machen.

Tim Renner, Geschäftsführer der Motor Entertainment GmbH, überreichte den alex-Preis an die Initiative "Kein Bock auf Nazis". Die ehrenamtlichen Mitglieder haben eine kostenlose DVD gegen Rechts mit 80.000 Exemplaren und eine Schülerzeitung mit 250.000 Exemplaren herausgegeben. Für das Projekt "Jüdisches Leben in Kreuzberg" erhielt die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus den „alex“. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, würdigte die Arbeit der Jugendlichen, die anhand von unterschiedlichen Biographien aus dem Bezirk



Diskussionsrunde bei der alex-Verleihung: der SPD-Vorsitzende Michael Müller, Sophia Oppermann von „Gesicht zeigen“, Bianca Klose von der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus, SPD-Sprecher Hannes Hönemann und Tagesspiegel-Redakteur Frank Jansen.

die Geschichte des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung erlebbar machen. Die Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel überreichte den Preis an Yad Achat e.V., ein Netzwerk von Engagierten, die den Austausch und den Kontakt mit Israel fördern, um Vorurteile abzubauen. Die Bildungsinitiative „Lernst Du noch oder denkst Du schon?“, die Schulprojektstage mit Workshops zu politischen Themen ausrichtet, wurde von Wolfgang Thierse gewürdigt. Das Schülernetzwerk MUT erhielt den alex aus den Händen des israelischen Gesandten Ilan Mor. Schülerinnen und Schüler in Marzahn-Hellersdorf organisieren u.a. Gedenkstättenfahrten, Gräberpflege und Zeitzeugengespräche.

„Demokratie muss immer wieder neu erkämpft werden“, betonte Wolfgang Thierse. Die Jugendlichen, die an der Preisverleihung teilnahmen, leisten dazu jeden Tag einen Beitrag. Ihr Engagement sei „authentisch“, stellte Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus fest, die Initiativen und Gruppen beratend zur Seite steht. Wichtig seien Zusammenhalt und Vernetzung im Kampf gegen Rechts.

U.H. □

Klimaschutz:

# Jetzt sind die Länder in der Pflicht

Umweltökonom Holger Rogall fordert weiterreichende Instrumente zur CO<sub>2</sub>-Einsparung

**Dank der engagierten Klimaschutzpolitik von Bundesminister Sigmar Gabriel und seinen StaatssekretärInnen wird die Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz international anerkannt. Doch lassen sich mit den beschlossenen Maßnahmen die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele von 40% bis 2020 und 80% bis 2050 überhaupt erreichen? Holger Rogall Hochschullehrer für Umweltökonomie und Klimaschutzexperte der Berliner SPD meldet Zweifel an.**

Schon als die Bundesregierung im Herbst 2007 ihr Reduktionsziel verkündete und wenige Tage später einräumte, dass mit den auf ihrer Klausurtagung beschlossenen Maßnahmen bestenfalls eine Reduzierung von 36% realisierbar wären wurden die ersten Fachleute hellhörig. In der Folgezeit verdichteten sich die Anzeichen, dass viele Politiker und Verwaltungsmitarbeiter immer noch nicht begriffen haben, dass die Klimaschutzziele nur erreicht werden können, wenn *alle* Reduktionspotentiale ausgeschöpft werden, d.h. ein echter ökologischer Umbau der Industriegesellschaft erfolgt. Folgende Beispiele mögen einen Einblick in Blockadepolitik einiger Ministerin geben.

## WÄRMEGESETZ GREIFT KAUM

Der ursprüngliche Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums wurde durch Einwirkung des Bau- und Wirtschaftsministeriums so verändert, dass die Wirkung deutlich eingeschränkt wird. Die Novelle des Berliner Energiespargesetzes - die aus Zeitgründen in der letzten Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wurde - sah vor, dass alle Gebäude die eine neue Heizungsanlage einbauen oder modernisieren zur Nutzung von erneuerbaren Energien verpflichtet sind. Die Bundesregelung sieht nunmehr nur noch eine Nutzungspflicht für Neubauten und umfassend zu sanierende Gebäude vor. Auch sollen die Quoten viel zu niedrig ausfallen (z.B. soll die solare Wärme nur 15% decken obgleich 20-25% bei Neubauten möglich wären, bei Altbauten 10% obgleich hier 15-20% angemessen wären). Ebenso negativ ist die Möglichkeit auf erneuerbare Energien zu verzichten, wenn man seine Wärmeschutzstandards nur um 15% unter den gesetzlichen Werten hält. So schrumpft nach den Berechnungen der Solarverbände das Potential der jährlichen Einbauten von erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung von ca. 400.000 auf einige tausend Wohnungen.



*Der Berliner Umweltökonom Prof. Dr. Holger Rogall war vier Legislaturperioden Mitglied der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses. Foto: privat*

Obgleich das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz von 2002 und 2004) vielleicht das bislang erfolgreichste Klimaschutzinstrument Deutschlands ist, wird zurzeit neben wenigen Verbesserungen auch über eine Verschlechterung der Konditionen nachgedacht. Z.B. sollen die Vergütungen für Strom aus erneuerbaren Anlagen noch schneller abgesenkt werden als schon bisher, obgleich die Materialkosten aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in Asien ständig ansteigen. Der Präsident des Bundesverbandes Windenergie befürchtet daher, dass der Markt in einigen Jahren in Deutschland "tot sein könnte".

## FLOTTENMODELL UND EMISSIONSHANDEL

Auf Grund der Intervention der Automobillobby sollen große, besonders umweltschädliche Fahrzeuge höhere Emissionsgrenzwerte erhalten als kleinere Pkw. Einige Umweltverbände fragen, warum die Fahrzeughalter dieser Fahrzeuge nicht auch ein höheres Stimmrecht bei Wahlen oder höhere Schadstoffemissionsrechte wie z.B. Ruß fordern. Auf internationaler Ebene - wo die Schwellen- und Entwicklungsländer zu Recht gleiche Pro-Kopf-Emissionsrechte fordern, wäre eine derart ungerechte Regelung niemals durchsetzbar. Ähnlich ungleich werden die Emissionsrechte zwischen den Kraftwerkstypen verteilt. Danach erhalten Gaskraftwerke das Recht 365 g CO<sub>2</sub>/kWh und Kohlekraftwerke 750 g CO<sub>2</sub>/kWh zu emittieren.

Greenpeace hat um die Jahreswende eine Studie über die Schwächen der Be-

schlüsse der Bundesregierung vorgelegt nach der einzelne Maßnahmen so inkonsequent eingeführt werden sollen, dass sie teilweise nur die Hälfte der erwarteten Reduktionsminderungen erbringen werden.

Neben den bereits beschriebenen Schwächen werden insbesondere die Maßnahmen im Verkehrsbereich und zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung bemängelt. Auch wenn einige Kritikpunkte vielleicht etwas zu pessimistisch formuliert sind, bleibt die Konsequenz, dass mit den Maßnahmen die Ziele nur erreicht werden, wenn die Bundesländer jetzt ihre Verantwortung wahrnehmen und weiterreichende Instrumente verabschieden.

## BERLIN HAT DAS PROBLEM ERKANNT

Das ist insbesondere in der Wärmeschutzsanierung und dem Einsatz erneuerbarer Energien auch rechtlich möglich. Das hat die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer erkannt und Maßnahmen des Landes gefordert, die Berlin endlich zum klimapolitischen Vorreiter machen würde. Sie fordert, wie die SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode eine Baupflicht für erneuerbare Energien und eine Wärmeschutzsanierung der öffentlichen Gebäude. Forderungen die durch die Novellierung des Berliner Energiespargesetzes sofort eine gesetzliche Grundlage erhalten würden. Ebenso begrüßenswert ist ihre klare Aussage zur Forderung von Senatorin Lompscher, die eine Warmmietenneutralität bei Sanierungen gefordert hatte. Dies hätte ungewollt allen wärmeschutzunwilligen Hausbesitzern das Argument geliefert, eine Sanierung sei nun leider unwirtschaftlich.

Schon in der Vergangenheit haben viele Wohnungsbaugesellschaften immer wieder behauptet, dass eine Wärmeschutzsanierung zu teuer sei, weil sie mit alten Ölpreisen rechneten, statt die künftigen Energiepreise zur Grundlage zu nehmen. Weiterhin würde eine derartige Neutralitätspflicht zu Minimalstandards führen und die Chance für grundlegende Maßnahmen für Jahrzehnte verspielen.

Wenn die Koalitionsfraktionen jetzt die Kraft finden und das Berliner Energiespargesetz in der alten Konsequenz verabschieden, wäre erreicht, was der Bundes-SPD in ihrer Koalition versagt blieb.

**Holger Rogall** □

➡ Weitere Informationen im Internet: <http://www.holger-rogall.de>

Strategien:

# Uns selbst treu bleiben

Karl-Heinz Niedermeyer: Der Aufschwung und die Linke

**„Wer SPD wählt, gefährdet seinen Arbeitsplatz!“ Mit solchen Parolen fuhren Helmut Kohl und sein damaliger Generalsekretär Heiner Geißler in den 80er Jahren glänzende Wahlergebnisse ein - bei Arbeitslosenzahlen, die nahe an diejenigen heranreichten, welche Anfang 2005 das Ende der rotgrünen Koalition auf Bundesebene einläuteten und Gerhard Schröder veranlassten, das Regierungsschiff aufzugeben, um wenigstens den wertvollsten Teil seiner Ladung und das politische Überleben des Kapitäns und seiner Offiziere zu retten.**

Wenn wir die Auswirkungen der erheblich zurückgegangenen Arbeitslosenzahlen seit der Regierungsübernahme der Großen Koalition in Berlin auf das Ansehen und die Wahlschancen der beiden Regierungsparteien heute betrachten, stellen wir Erstaunliches fest: Die Union steht (bzw. stand bis zur jüngsten Hessen-Wahl - die Zahlen der derzeit in allen Medien verbreiteten Forsa-Umfrage Union 35, SPD 25, Linke 14, FDP 11, Grüne 10 % sind mit großer Vorsicht zu genießen) relativ gut da.

Dies ist nach allgemeiner Einschätzung vor allem der Verfügung der Union über das Leuchtfeuer Kanzleramt und der positiven Wahrnehmung des konsensorientierten moderierenden Führungsstils der Kanzlerin und ihres im Erscheinungsbild passablen, wenngleich in den Ergebnissen keineswegs immer überzeugenden Auftretens auf der internationalen Bühne geschuldet, aber keineswegs den Inhalten des politischen Handelns der Regierung und dem Anteil der Union daran.

Die Bewertung der Politik der derzeitigen Bundesregierung ist seit ihrem Amtsantritt stabil negativ: Die Gesamtpolitik der Großen Koalition wird regelmäßig von vergleichbar geringen Teilen der Befragten unterstützt und von vergleichbar hohen Anteilen abgelehnt wie die Politik der verflochtenen rotgrünen Koalition - ein erstaunliches Phänomen, wenn man bedenkt, dass Union und SPD immerhin fast zwei Drittel der Wähler/Innen bei der Bundestagswahl 2005 repräsentieren, SPD und Grüne zusammen aber nur weniger als die Hälfte. Dabei ist für das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Regierungsparteien und ihre künftigen Wahlschancen von entscheidender Bedeutung, dass die Politik der Großen Koalition von einem sehr viel größeren Teil der SPD-Anhänger als der Union-Anhänger abgelehnt wird. Die Schlussfolgerung aus den bisherigen Umfrage- und Wahlergebnissen lautet demnach: Die Union könnte mit einer

Fortsetzung der Großen Koalition unter der beliebten Kanzlerin leben und hätte die zusätzliche Option, gestützt auf den Vertrauensverlust der SPD und die Enttäuschung über die Folgen der politischen Kehrtwende von Schröders Agenda 2010 und die fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten in der Großen Koalition nach der nächsten Bundestagswahl die Wunschkoalition Schwarz-Gelb zu verwirklichen.

Bemerkenswert ist, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit von den Wählerinnen und Wählern gerade der SPD nicht als Erfolg der „Reformen“ der Agenda 2010 zugeschrieben wird, wie es die konservativen Wortführer der Bundespartei - Steinbrück, Steinmeier und Platzeck - gerne darstellen wollen. Sie machen ihrerseits die Parteilinke für die ausbleibende Rückgewinnung von Wählervertrauen verantwortlich und werfen ihr mangelndes Selbstbewusstsein in der Vermittlung der Erfolge der Arbeitsmarktrefor-men vor.

## WER PROFITIERT VOM RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT?

Interessant ist aber, dass auch die Union aus dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen nur begrenzt Honig saugen kann. Appelle des Wirtschaftsflügels der Union, den Aufschwung nicht durch zu hohe Lohnforderungen zu gefährden, stoßen bei den Beschäftigten zunehmend auf taube Ohren. Während in den vergangenen zehn Jahren dutzende Fälle von Großbetrieben zu verzeichnen sind, in denen die Betriebsräte längeren Arbeitszeiten für das gleiche Entgelt zustimmten, um die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer zu verhindern, Streikbewegungen für Arbeitszeitverkürzungen in den neuen Bundesländern schmählich zusammenbrachen, machen jetzt die Gewerkschaft der Lokführer und Verdi in Berlin mit den BVG-Beschäftigten vor, dass es richtig und Erfolg versprechend sein kann, nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für kürzere Arbeitszeiten zu streiken, ein Ziel, das von der vom neoliberalen Paradigma beherrschten Wirtschaftswissenschaft geradezu als das Grundübel der Arbeitsverhältnisse in Deutschland betrachtet wird. Jetzt erscheint vielen Beschäftigten die Behauptung, dass durch Lohnverzicht und die Bereitschaft, für das gleiche Entgelt länger zu arbeiten, Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden können, als ein Märchen, das mit erfolgreichen Streikbewegungen endlich öffentlich entlarvt werden muss.

Bedeutsam für diesen Bewusstseinswandel ist, dass inzwischen auch von Arbeitgebervertretern und führenden Politikern der Union eingestanden wird, dass die Jahre des Lohnverzichts nicht in der bisherigen Weise verlängert werden müssen, um den Standort Deutschland zu sichern, sondern ein Nachholbedarf bei den Arbeitnehmern besteht, der mit dem derzeit noch stabilen Wirtschaftsaufschwung auch befriedigt werden kann. Der zunehmende Fachkräftemangel hat dieser Einstellungsänderung sicherlich nachgeholfen.

Aber was bringen der Wirtschaftsaufschwung und der Rückgang der statistischen Arbeitslosenzahlen der SPD: Die Umfragewerte sind weiter deprimierend. Forsa notiert die SPD heute niedriger als im Februar 2005, als die Monatszahlen der Bundesanstalt für Arbeit erstmals die 5-Millionen-Grenze überschritt, die seriöseren Institute nur wenig besser.

Die SPD scheint im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit der Durchsetzung der Agenda 2010 und der durch sie verursachten Verwerfungen im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Milieu in einem strategischen Dilemma gefangen zu sein: Sehr hohe Arbeitslosenzahlen stürzen sie in den Abgrund und verhelpfen der Union zu außerordentlichen Wahlsiegen. Von dem derzeit nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit profitieren weder SPD noch Union, sondern auf der einen Seite die FDP, die ihrem Wunschpartner CDU mangelnde Konsequenz in der Weiterverfolgung ihrer auf dem Leipziger Parteitag 2005 vorgegebenen neoliberalen Agenda vorwirft, auf der anderen Seite aber die Linke, welche ihrer unmittelbaren Konkurrentin SPD, aus deren Fleisch sie offensichtlich ihre Wahlerfolge nährt, Halbherzigkeit und Inkonsistenz in der Abkehr von der aus ihrer Sicht im Ansatz verfehlten und unsozialen Agenda 2010 Schröders entgegen hält.

## VETOMACHT LINKE?

Wie die letzten Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen zeigen, scheint die jüngste gesellschaftspolitische Entwicklung - die ich kennzeichnen möchte als Ergebnis der Verknüpfung der als Bündel von fortbestehenden sozialen Ungerechtigkeiten empfundenen Folgen der Agenda-Politik mit den Folgen der Entzauberung des Dämons Arbeitslosigkeit - der Linken eine Vetomacht gegen aus einem bestimmten Lager bestehende Zweiparteienregierungen verschafft zu haben. Diese Formel scheint nicht allein für den Bund, sondern auch für den Großteil der anstehenden Wahlentscheidungen in den Ländern zu gelten.

Allerdings ist vor der vorschnellen Behauptung zu warnen, mit den beiden letzten Landtagswahlen und dem Einzug der



**Fortsetzung von Seite 8**

Linken in die Landtage von Hessen und Niedersachsen habe sich bereits ein Fünf-Parteien-System etabliert, in dem - bei einem Ausschluss der Linken aus der Koalitionsbildung - Zweiparteienbündnisse aus einem der beiden Lager kaum noch möglich sind, es sei denn, die SPD ist so schwach, dass sie auch mit den Grünen und der Linken zusammen kein ausreichendes Gegengewicht gegen ein schwarz-gelbes Bündnis auf die Waage bringt. Die politischen Kulturen in beiden Teilen Deutschlands sind ja noch durchaus unterschiedlich. In den neuen Bundesländern spielen FDP und Grüne nur eine geringe Rolle. Es gibt ein faktisches Dreiparteiensystem, in dem CDU, PDS und SPD die Koalitionsbildungen unter sich ausmachen. (In Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt hat die SPD aufgrund der zu geringen Mitglieder- und Wählerzahlen Schwierigkeiten in dieser Dreierkonstellation ein ausreichendes Profil zu entwickeln.)

Berlin nimmt in diesem Zusammenhang seit Beginn der Ära Wowereit eine Brückenfunktion ein. Hier existiert ein 5-Parteien-System mit weiterhin guten Chancen von Zweiparteienbündnissen aus dem linken Lager.

#### PROTEST- UND REGIERUNGSPARTEI

Die Linke selbst spielt in den neuen und alten Bundesländern eine völlig unterschiedliche Rolle: im Osten als normale, auf Landesebene zumindest mit der SPD, auf kommunaler Ebene mit allen demokratischen Parteien koalitionsfähige Regierungs- oder Oppositionspartei, im Westen dagegen als Protestpartei, deren in der Rhetorik anti-kapitalistisches oder positiv gewendet sozialistisches Programm nicht dazu bestimmt ist, in seiner Gesamtheit in Regierungshandeln umgesetzt zu werden, sondern die übrigen um die Regierungsverantwortung in Bund und Ländern kämpfenden demokratischen Parteien vor sich her zu treiben und zur Übernahme von Teilforderungen zu zwingen, um weitere Wählerverluste an die Linke zu vermeiden. Für diese Strategie wird ein enger Schulterschluss mit wesentlichen Teilen der Gewerkschaftsbewegung gesucht, sie ist - schon wegen der traditionell engen Verbindung zwischen SPD und Gewerkschaften besonders Erfolg versprechend gegenüber der SPD, erzielt aber - wie die Analysen der Wählerwanderungen in Hessen zeigen - auch Teilerfolge bei der Anhängerschaft der CDU.

#### BLICK AUF HESSEN

An dieser Stelle scheint ein analytischer Blick auf das Ergebnis der hessischen Landtagswahl angebracht, an der die Frage des weiteren Umgangs der SPD mit der Linken



*Karl-Heinz Niedermeyer ist Vorsitzender des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung.*

eine besondere Zuspitzung erfährt. Es geht im Kampf um die Aufteilung der Wählerstimmen zwischen der SPD und der Linken, von der die künftige Regierungsfähigkeit der SPD in Bund und Ländern offenbar wesentlich mit abhängt, zentral um das Problem der Glaubwürdigkeit der SPD, allerdings in einem sehr viel weiteren Sinne als der Treue zu vor der Wahl getroffenen koalitionspolitischen Festlegungen nach der Wahl. (Ypsilantis Diktum: Keine Zusammenarbeit mit der Linken.) Es geht um die Frage einer Abkehr, Korrektur oder „Weiterentwicklung“ der Agenda 2010, wie Kurt Beck seine Art des Umgangs mit dem Erbe Schröders formuliert, ohne diesem Etikett klare inhaltliche Konturen zu verleihen. Da es einige Zeit gedauert hat, bis die SPD in der Großen Koalition wenigstens den Anflug eines Profils entwickelt hat, hat das Sammeln der versprengten Stammwähler - unabhängig von dem verfolgten Kurs - insgesamt zu lang gedauert, um das gefährliche Aufkommen der Linkspartei zu verhindern, die ja - nicht zuletzt mit der symbolbehafteten Person von Oskar Lafontaine - das genuine Erbe der sozialdemokratischen Tradition für sich in Anspruch nimmt, die ja durchaus unterschiedliche Strömungen von einer konservativ-pragmatischen (Leitfigur Helmut Schmidt), über eine auch mit bürgerlich-liberalen und internationalistischen Elementen angereicherten Mittelströmung (Leitfigur Willy Brandt) bis zu radikal linken Strömungen (man denke an die fortbestehende Anziehungskraft von Rosa Luxemburg auf linke Sozialdemokraten) reicht.

Das gute Abschneiden der SPD in Hessen ist in erster Linie auf die verfehlte Wahlkampfstrategie von Roland Koch zurückzuführen, auch wenn das sehr progressive, konstruktive und auch rhetorisch gut vermittelte Wahlprogramm von Andrea Ypsilanti als Einflussfaktor nicht zu unterschätzen ist. Gegenüber Roland Koch, der sich selbst unfreiwillig immer mehr in die Rolle einer überständigen Altlast hineinsteigerte, welche die Wähler/Innen nur noch los werden wollten, bot Ypsilanti mit den Schwerpunkten Bildung, soziale Gerechtigkeit und Energiewende die Perspektive eines trotz al-

ler ökonomischen Risiken glaubwürdigen Wechsel in die Zukunft aber auch auf die Zukunft.

Ein negatives Ergebnis hatten die Wahlen in Hessen und Niedersachsen für die SPD: Die Mindestlohnkampagne hat der Partei nicht den erwarteten Schub gebracht. Es ist auch deswegen nicht zu einem vollständigen Machtwechsel in Hessen gekommen. In Niedersachsen ist trotz dieser Kampagne ein sehr großer Teil der SPD-Stammwähler zu Hause geblieben.

Aus dem hessischen Wahlergebnis ergeben sich zunächst eingeeengt auf Hessen zwei unangenehme Alternativen (es erscheint derzeit ausgeschlossen, dass sich die hessische FDP auf eine Ampelkoalition einlassen wird), welche die genannte Frage der Glaubwürdigkeit betreffen:

1. die Umsetzung von Ypsilantis Programm eines Wechsels in die Zukunft in Zusammenarbeit mit der Linkspartei (Tolerierung, Zulassen der Wahl mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin) um den Preis eines Wortbruchs.

2. die Verwässerung dieses Programms in jeder anderen politischen Konstellation einschließlich Neuwahlen, die von einem großen Teil der SPD-Wähler/Innen ebenfalls als Bruch des Wahlversprechens oder zumindest als Verrat an den mit dem SPD-Wahlprogramm geknüpften Hoffnungen empfunden würde.

Für die Bundespartei stellt sich jedoch die Frage nach dem Umgang mit der Agenda 2010: Abkehr, Korrektur oder „Weiterentwicklung“.

Welche Hinweise geben die Wahlen in Hessen und Niedersachsen für die Entscheidung der Frage nach dem politischen Kurs der SPD? Hessen verweist auf eine eher „zentristische Antwort“: keine völlige Abkehr von der Agenda 2010, aber Korrektur der sozialen Ungerechtigkeiten und Ergänzung um neue Schwerpunkte (Bildung, Energiewende). Die Frage des Mindestlohns, die Hessen durch Kochs Kampagne zur Jugendkriminalität in den Hintergrund gedrängt wurde, betrifft die Politik der SPD gegenüber den Bevölkerungsschichten, die sich als zahlenmäßig und von der Intensität der Auswirkungen auf die persönlichen Lebensverhältnisse als die Hauptopfer der Agenda-Politik fühlen: die Langzeitarbeitslosen und Geringverdiener. Sie haben das Ergebnis der letzten Landtagswahlen nicht maßgeblich beeinflusst, sonst hätte die SPD in Niedersachsen besser und in Hessen schlechter abschneiden müssen.

Was den Schwerpunkt der Arbeits- und Sozialpolitik betrifft, scheint die Strategie Kurt Becks - unter dem Aspekt der Partei- und Wahltaktik, nicht dem Anspruch, die tatsächlichen sozialen Probleme anzugehen - mit der inzwischen durchgesetzten Forderung der längeren Zahlung des Arbeitslosengeldes I an ältere Arbeitslose zielgenau-

**Fortsetzung von Seite 9**

er zu sein als eine Promotion von Forderungen nach Erhöhung des Regelsatzes von Hartz IV, oder Hilfen für arme Kinder wie kostenlose Mahlzeiten in Schulen und Kindergärten. (Solche Forderungen werden von den Grünen aufgestellt, weil viele Besserverdienende sie für gerecht halten, nicht weil die Grünen damit Betroffenheiten ihrer Wählerklientel im Auge hätten.)

Auf die Dauer wird der Mythos von der „Weiterentwicklung“ der Agenda 2010 nicht halten. Die SPD muss in jedem Fall eine klarere Position beziehen. Schon jetzt werden ihr die schon jetzt vollzogenen Abkehrschritte von der Schröder-Politik von Union, FDP und dem Unternehmerlager um die Ohren gehauen. Die ständige Distanzierung von den bereits für alle erkennbaren Kursänderungen, die ja auch in dem neuen Parteiprogramm einen normativen Niederschlag gefunden haben, nagen in gleicher Weise an dem Selbstbewusstsein der Mit-

glieder und den Möglichkeiten der Außen-darstellung wie das angeblich fehlende Bekenntnis zu den Erfolgen der Schröder-Politik. Die SPD sollte sich selbstbewusst zu dem politischen Wandel bekennen, den sie mit dem neuen Programm und in weiten Bereichen ihrer politischen Praxis vollzogen hat und zu erkennen geben, dass sie mit Optimismus auf diesem Weg weiter schreiten wird.

**UNSER PROGRAMM ERFÜLLEN**

Zum Schluss eine goldene Brücke für die verbliebenen Schröderianer: Wir können und sollen uns sehr wohl zu zwei positiven Ergebnissen der Ära Schröder bekennen: dem Konsolidierungserfolg bei den Staatsfinanzen und dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Wir sollten aber zugleich herausstellen, dass dieser Konsolidierungserfolg wieder den Horizont öffnet für das ursprüngliche Programm von Rot-Grün zwi-

schen 1998 und 2003: Innovation und Gerechtigkeit und die Wiederaufnahme dieses Programms zuspitzen auf zentrale Forderungen wie -mehr Geld und neue Ideen in der Bildung, einen angemessenen, d.h. deutlich höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen, mehr Partizipation der Bürger/Innen und der Bürgergesellschaft am politischen Prozess, Verwirklichung der Energiewende und eines effektiven Klimaschutzes sowie Weiterarbeit an einer friedlichen Weltordnung.

Was heißt das aber für den Umgang mit der Linken: Wir müssen die Linke entzaubern durch ihre Hereinnahme in die Regierungsverantwortung, wie es die Berliner Partei vorgemacht hat. Wir müssen sie zu einer normalen parlamentarischen Partei machen und wir müssen sie in ihrer Rolle als Protestpartei überflüssig machen, indem wir unser eigenes Programm ernst nehmen und verwirklichen!

**Karl-Heinz Niedermeyer** □

## **P**OST AN: BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN, MAIL: BERLINER.STIMME@SPD.DE

**DAS SCHWEIGEN DER LINKEN**

Nun bricht es also doch noch vor Hamburg aus. Nach den Interviews und wenig überraschenden Bekenntnissen der beiden Stellvertreter und des ehemaligen Vorsitzenden formiert sich zaghaft die SPD-Linke und beginnt etwas lauter nachzudenken.

Und ein Nachdenken scheint doch dringend geboten. Wie lange kann man den Kommunikations-GAU beibehalten, dass die westdeutsche Linkspartei nicht regierungsfähig ist, aber die ostdeutsche doch – warum eigentlich, doch nicht etwa weil sie im Osten mehr Prozenz haben und noch über einige Mitglieder verfügen, die das Regieren ein wenig aus der Praxis kennen?

Wie lange muss man noch zusehen, wie große Teile der SPD die gleichen Fehler mit der Linken machen wie vor über 25 Jahren mit den Grünen? Und vor allem: Wie oft glaubt man dem Wähler erklären zu können, warum man keine linke Mehrheit versucht, obwohl sie doch gesellschaftlich nicht ganz ungewollt zu sein scheint, sondern sich lieber unter Schlucken von Kröten in große Koalitionen rettet?

Bis Hamburg hätten die Herren, die Angst vor dem so genannten Linksrutsch haben, warten sollen. Das haben sie nicht. Und deshalb muss sich die Linke deutlich positionieren und erläutern, warum sozialdemokratische Politik und damit verbundene soziale Gerechtigkeit kein zu diffamierender „Linksruck“ sind, sondern politische Antworten auf die zunehmenden Verwerfungen in dieser Gesellschaft.

Auch deswegen darf es in Hessen keine große Koalition geben, sondern muss zumindest eine Duldung durch die Linke als

Option gesehen werden. Das wird einfacher, wenn die SPD-Linke diesen innerparteilichen Diskurs endlich aufnimmt.

**Robert Drewnicki, Abt. Neu-Westend**

**LESBARE INFORMATION**

Nach der Einstellung der Wochenzeitung ist aus ein paar kopierten Blättern wieder eine lesbare Information geworden. Mit den Rubriken „Hintergrund“ und „Geschichte“ gibt es Informationen, die über die tägliche „Realpolitik“ hinausweisen.

Gründe, warum ich das aus meiner ganz persönlichen Sicht für so wichtig halte: Die „Stürme“ im Wasserglas der „Realpolitik“ interessieren immer weniger Menschen. Das, was ich für die wirklichen Probleme und Aufgaben halte, findet in der Tagespolitik immer weniger einen Ausdruck.

Ein Beispiel: In den ersten Wochen des neuen Jahres sind wieder 2- bis 3-stellige Milliardenbeträge im Orcus der Spekulation verbrannt. Ich habe nicht den Eindruck, dass das in unserer Partei ein Thema ist. Das ist halt der globalisierte Finanzmarkt. Da kann man nichts machen.

Sehr wichtig scheint es für die Berliner Regierungspolitik aber zu sein, die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes (dem ich nicht angehöre), daran zu hindern, in den Tarifverhandlungen wenigstens ihren Besitzstand zu verteidigen. Verkehrte Welt!

Die SPD existiert überhaupt nur deshalb, weil sie für eine Programmatik steht, die gerade solche Aufgaben angeht, bei denen alle Anderen, die nichts wirklich ändern wollen, nur sehen, dass „man nichts machen“ kann.

Dafür brauchen wir die Rubriken „Hin-

tergrund“ und „Geschichte“. Vielen Dank und weiter so!

**Dr. Klaus Schröer**

**DIE GROSSE GIER**

Manager der Wirtschaft werfen den Politikern immer wieder vor, dass sie nichts von der Wirtschaft verstehen, wenn sie sich Gedanken machen um die Einführung von Mindestlöhnen und der Begrenzung der Managergehälter.

Es mag ja für einige Politiker zutreffen, nur diese Manager müssen sich selber an die eigene Nase fassen: Immer wieder sieht man doch, dass viele Manager nichts von dem verstehen, wofür sie oftmals viel zu hoch bezahlt werden. Von der Immobilienkrise in den USA, die durchschlägt auf unsere geldgeilen Großbanken, bis über teure Skandale in Weltfirmen wie Siemens und Volkswagen. Eigentlich meint man, dass die Aufsichtsgremien die unfähigen Manager zur Rechenschaft ziehen, weit gefehlt. Leider scheint auch hier die Gier groß und die Einsicht gering zu sein.

Man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht durch Fehlentscheidungen von Manager das Schicksal von Millionen Arbeitnehmerfamilien auf dem Spiel stehen.

Politik und Gesellschaft werden künftig auf jeden Fall sehr viel aufmerksamer und skeptischer gegenüber den angeblichen und oft behaupteten Notwendigkeiten des Marktes sein müssen. Weiterhin muß Druck auf die umstrittenen und oftmals zu hohen Managergehälter ausgeübt werden und es gilt endlich einen Mindestlohn durchzusetzen, von dem man auch leben kann.

**Karl-Heinz Füllberg**

Bildung:

# Erfahrung und Ermutigung

## Professor Ulrich-Johannes Kledzik und die sozialdemokratische Bildungspolitik (Teil 3)

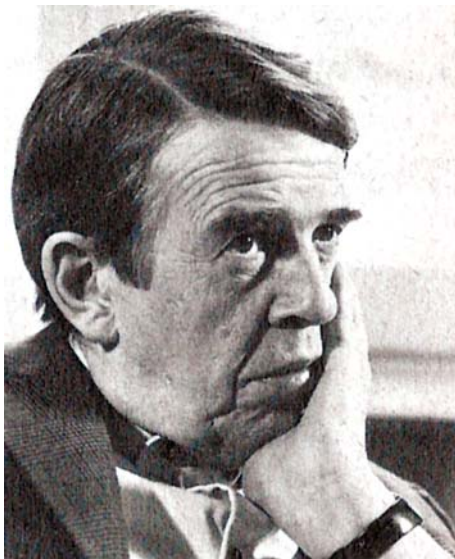
**1960 ist Ulrich-Johannes Kledzik Schulleiter der Weddinger Ernst-Reuter-Oberschule geworden, die nur wenige Schritte von der Bernauer Straße entfernt liegt. Er übernimmt die Nachfolge des verstorbenen Schulleiters Scheunemann, obwohl ihm inzwischen auch eine Laufbahn an der Freien Universität spannend erscheint, an der er von 1954 bis 1958 - neben dem Unterricht - Soziologie, Englisch und Geschichte studiert hatte.**

Als am 13. August Ost-Berlin mit Stacheldraht und Grenzbefestigungen abgeriegelt wird, ist damit plötzlich auch der Schulweg für etliche von Ulrich Kledziks Schülern versperrt. „Lehrer, die im Ostsektor wohnten, kamen vom einen auf den anderen Tag nicht mehr“, erinnert er sich.

In ganz Berlin sind etwa 60 Lehrer und rund 1000 Schülerinnen und Schüler von ihren Schulen im Westteil der Stadt abgeschnitten. Die Teilung Deutschlands ist nun auch sichtbar vollzogen. Die beiden Systeme allerdings hatten sich bereits auseinanderentwickelt - auch im Schulwesen.

Schon 1950 hatte es in der DDR-„Verordnung über die Unterrichtsstunde als Grundform der Schularbeit“ geheißen: „Die organisierte Unterrichtsarbeit in der deutschen demokratischen Schule dient dem Erwerb systematischer, allseitiger und umfassender Kenntnisse sowie gesellschaftlich wertvoller Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler für den erfolgreichen Kampf um die Erhaltung des Friedens, die Einheit Deutschlands, die Festigung und Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik.“ Der Lehrer wird in den Dienst der Partei gestellt. „Der Lehrer der deutschen demokratischen Schule steht mitten im gesellschaftlichen und kulturellen Leben seines Volkes. Er erhält seinen Auftrag von den das staatliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik bestimmenden fortschrittlichen Kräften des Volkes und dient als Volkslehrer in allen Schularten den werktätigen Schichten und allen anderen Menschen, die sich für den Frieden, den demokratischen Aufbau und das sonstige Wohl unseres Volkes aktiv einsetzen.“

Die DDR hat 1959 die sogenannte Polytechnische Oberschule eingeführt und die zehnjährige Schulzeit zur Pflicht gemacht. In Berlin-West, eingemauert, aber auch „Schaufenster des Westens“ mit SPD-Mehrheiten, verführte die DDR-Ideologie nicht, auch wenn dort zunächst an Erkenntnisse und Forderungen zum Beispiel



Schulsenator Carl-Heinz Evers holte Ulrich Kledzik 1963 in die Senatsverwaltung für Schulwesen.  
Foto: BS-Archiv



Professor Ulrich-Johannes Kledzik, Jahrgang 1927, arbeitete in Berlin als Lehrer und Schulleiter, von 1963 bis 1990 war er als Oberschulrat und Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Schulwesen u.a. für die Berliner Gesamtschulen

zuständig. Lange Jahre hat er sozialdemokratische Bildungspolitik in Berlin mitgestaltet.

des Bundes Entschiedener Schulreformer aus der Weimarer Zeit anzuknüpfen versucht wurde.

Ulrich Kledzik, der Mauerbau und Folgen aus nächste Nähe erlebt hat, erhält 1962 zusammen mit zwei Berliner Kollegen einen Sonderauftrag: Im Auftrag der Weltlehrerorganisation geht er auf eine dreimonatige Vortragsreise durch 15 Länder Mittel- und Südamerikas sowie Westafrikas, um über die Auswirkungen des Mauerbaues auf Unterricht und Erziehung in Deutschland zu informieren.

1963 feiert die Ernst-Reuter-Schule ihr zehnjähriges Bestehen. Carl-Heinz Evers, von 1959 an Berliner Landesschulrat, Anfang der sechziger Jahre mit einer vielbeachteten Denkschrift zur inneren Schulreform hervorgetreten und von Willy Brandt 1963 zum Schulsenator berufen, holt Ulrich Kledzik im selben Jahr in die Senatsverwaltung. Evers ist Nachfolger des Christdemokraten Joachim Tiburtius, der das Amt zwölf Jahre inne hatte. In seiner Denkschrift setzte Evers 1961 neue Akzente. „Bekämpfung wurde nicht mehr vornehmlich

statisch interpretiert, sondern als Entfaltungsprozess, der zeitgemäßes Arbeits-, Sozial und Kulturverhalten vorbereiten soll“, so Ulrich Kledzik.

Bis 1990 blieb Kledzik in der Senatsverwaltung für Schulwesen. Zunächst war er Referent für die Hauptschulen, später Unterabteilungsleiter, dann Abteilungsleiter für den Sekundarbereich I, die letzten sieben Jahre war er stellvertretender Landes-schulrat.

„Nach dem Mauerbau hat sich die Aufgabe Berlins geändert“, sagt Kledzik. „Die großen Firmen waren alle nach Westdeutschland gegangen, bis auf den Cornelsen-Verlag und Schering. Ziel war es nun, Werkstatt zu sein.“ Das galt auch für den pädagogischen Bereich. Der Gedanke, bald wieder Hauptstadt eines vereinten Deutschland zu sein, rückte ferner, stattdessen setzte man darauf, die Bevölkerungsabwanderung zu stoppen, indem die Stadt attraktiv ausgebaut wurde.

Schulreformen, wie sie Carl-Heinz Evers forderte, fanden in der SPD Anfang der sechziger Jahre Rückhalt. Wichtiger aber noch: „Es gab eine starke Gewerkschaft mit Erich Frister an der Spitze, der später zehn Jahre lang Bundesvorsitzender der GEW war.“ Die Verbindung zwischen der GEW und den Sozialdemokraten in der Stadt war eng, so Ulrich Kledzik.

„Evers, später auch Gerd Löffler als Schulsenator, setzten auf eine demokratische Leistungsschule, auf Zentrierung im Pädagogischen und auf eine Beispielhaftigkeit gegenüber den anderen Bundesländern. Das bedeutete, dass wir die Subventionen, die wir als West-Berliner bekamen, umzusetzen versucht haben in bessere Schulen, in bessere Lehrer-Schüler-Relationen, in bessere Ausstattung. Das waren alles Ziele innerhalb eines ‚Werkstatt-Berlin‘-Gedankens.“

Die sechziger Jahre bringen einen Aufbruch in ganz besonderer Richtung. Carl-Heinz Evers gelingt es in der Kultusministerkonferenz, die Zulassung der Gesamtschule als Experiment zu erreichen. Nach vielen Rückschlägen gehen die Schulreformer in die Offensive, um die frühzeitige Auslese der Kinder im dreigliedrigen Schulsystem zu verhindern. Mit der Gesamtschule will man in der Bundesrepublik wie auch in anderen Industrienationen u.a. die Abschlussquote erhöhen. In Schweden liegt die Abiturquote in den sechziger Jahren bei etwa 30 Prozent, in der Bundesrepublik 1965 bei nur 7,5 Prozent. U.H. □

**Fortsetzung nächste Ausgabe**

Vor 100 Jahren:

# Streiken gegen den Krieg

Januar 1918: Der Munitionsarbeiterinnen und -arbeiter legen die Arbeit nieder

Ende Januar 1918 - im letzten Jahr des ersten Weltkrieges - streikten über 750 000 Menschen zum Teil bis zu einer Woche, um den Krieg zu beenden. Schwerpunkt der Streiks war die Rüstungsindustrie. Viele der Streikenden waren Frauen, die in den Munitionsfabriken Granaten drehen mussten. Diese - in dieser Dimension einmalige - Protestbewegung gegen den Krieg ist heute weitgehend vergessen.

## DIE ERSTE STREIKWELLE

Zu Beginn des ersten Weltkrieges(1914-1918) schien die deutsche Arbeiterbewegung sich weitgehend der kaiserlichen Regierungspolitik unterzuordnen. Die SPD-Reichstagsfraktion stimmte für die Kriegskredite und die Gewerkschaften verzichteten auf jeden Streik. Schritt für Schritt entwickelte sich jedoch eine Oppositionsbewegung, die in der 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), im Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und bei den Gewerkschaften besonders in den ‚revolutionären Obleuten‘ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) ihren Ausdruck fand.

In den Gewerkschaften war fast zwei Jahre lang keine Opposition für die Öffentlichkeit sichtbar geworden. Deshalb waren die Führung der SPD, aber auch die Berliner Politische Polizei vollständig überrascht, als am 28. Juni 1916 55.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Berliner Rüstungsbetriebe die Arbeit niederlegten und an verschiedenen Stellen der Stadt gegen den Liebknecht-Prozess demonstrierten. Der linke SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht stand als Anführer und Organisator einer Friedenskundgebung vom 1. Mai 1916 in Berlin vor dem Kriegsgericht, das ihn zu 4 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilte.

Diese Sympathie-Aktion für den bekannten Kriegsgegner war der erste Massenstreik in Deutschland mit einem eindeutigen politischen Bekenntnis für den Frieden. Die Militärbehörde griff sofort zu massiven Unterdrückungsmaßnahmen, indem sie viele Beteiligte zwangsweise zur Armee einberief. 29 linke Politiker wurden in ‚Schutzhaft‘ genommen, darunter Rosa Luxemburg. Diese Repressionen zeigten Wirkung. Aufrufe zu Streiks und Demonstrationen zugunsten Liebknechts im August 1916 brachten keinen Erfolg. „Die Angst vor Inhaftierung und dem bunten Rock [also der Einberufung] gibt den radi-



Nervosität im Kaiserreich: Zensierte Vorwärts-Ausgabe vom 22. Januar 1918.

Foto: Horb

**Der Autor des Beitrags Ottokar Luban** ist Mitglied der historischen Kommission der Berliner SPD und (ehrenamtl.) Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Die IG Metall veranstaltete am 25./26.1. in Berlin zu den Januarstreiks eine wissenschaftliche Tagung, auf der dieser Vortrag (hier in Kurzfassung) gehalten wurde. Die Konferenz war Auftakt der Veranstaltungsreihe ‚Forum politische Bildung‘, in der Fragen von Arbeit, Bildung und Gesellschaft diskutiert werden. Am 7./8. November wird ein Seminar zur deutschen Novemberrevolution 1918 in der Bildungsstätte der IG Metall Am Pichensee in Berlin veranstaltet.

kalen Hetzern keine rechte Gefolgschaft,“ stellte die Politische Polizei befriedigt fest.

Dazu hatten auch die Spitzen von SPD und Generalkommission der Gewerkschaften beigetragen. In einem im „Vorwärts“ veröffentlichten und auf 100.000 Flugblättern in Berlin verteilten Aufruf vom 25. Juli 1916 warnten sie die Arbeiterschaft „vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Generalstreikapostel“ und verurteilten alle Mitwirkenden moralisch: „Wer das putschistische Treiben ... mitmacht ... trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.“

Die Berliner Politische Polizei machte als Verursacher dieser Massenaktion die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus - später als ‚Revolutionäre Obleute‘ bekannt.

Ihr informeller Anführer Richard Müller wurde erst einmal für mehrere Monate zur Armee einberufen. Diese Gruppe von kritischen Funktionären im Berliner DMV - selbst in den Fabriken tätig und dort fest verankert - hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Sitzungen zusammen gefunden. Es war eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte. Der engere Kreis, etwa 50 Vertreter der größeren Berliner Metallbetriebe, hatte in Zusammenarbeit mit der USPD und dem späteren Spartakusbund die Aktionen sorgfältig und planmäßig vorbereitet.

## DER BROTTSTREIK IM APRIL 1917

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs zu. Lebensmittelkarten wurden eingeführt, doch zeitweise waren nur 50 % der Rationen in den Geschäften zu erhalten. Stundenlanges Anstehen nach rationierten oder zusätzlichen Nahrungsmitteln, manchmal in tausendköpfigen Menschen-schlangen, war notwendig. Ab und zu kam es zu ‚Butter-Krawallen‘ mit Plünderungen von Geschäften. Doch insgesamt ertrug die Bevölkerung den Mangel zunächst ohne größeren Protest, so dass selbst die Politische Polizei im Juli 1916 erstaunt feststellte: „Man muss es gesehen habe, wie in den Arbeitervierteln die Frauen oft stundenlang ruhig und still auf die ihnen zugewiesenen

**Fortsetzung von Seite 11**

knappen Lebensmittelrationen warten und oft noch, ohne solche erhalten zu haben, wieder abziehen müssen.“

Nach einer miserablen Kartoffelernte im Herbst 1916 verschlechterte sich die Ernährungslage dramatisch. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Variationen herhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch gab es nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren. Am Ende dieses ‚Kohlrübenwinters‘ 1916/17 wurde die Ankündigung einer Senkung der Brotration zum 15. April Anlass für die nächste große Streikwelle. Vom 16. - 18. April 1917 streikten in Berlin knapp 200.000, beschränkten sich jedoch auf Forderungen zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung.

25.000 setzten den Streik mit politischen Forderungen nach Frieden, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen fort. Sie gingen erst wieder an die Arbeit, als die Militärbehörden am 20. April mit der zwangsweisen Einberufung begannen. USPD-Abgeordnete, die in den weiterstreikenden Betrieben die Belegschaft zum Durchhalten aufgefordert hatten, wurden mit Verfahren wegen versuchten Landesverrats überzogen.

Vorbereitet wurde die Aktion wiederum durch den Kreis der oppositionellen Metallgewerkschaftler. Nachdem in Betriebsversammlungen die Streikbereitschaft deutlich wurde, kam es am 15. April auf einer Generalversammlung des Berliner DMV zum Streikbeschluss. Gleichzeitig mit dem Berliner Streik gab es noch Arbeitsniederlegungen in Leipzig mit 30.000 Beteiligten, Magdeburg, Kiel und kleinere Streiks in weiteren Städten. Nach Streikende distanzieren sich SPD und viele Gewerkschaften - gegen Widerstand in ihren eigenen Reihen - allerdings vom Streik und warnten vor weiteren Aktionen.

**DER MASSENSTREIK IM JANUAR / FEBRUAR 1918**

Danach blieb es bis auf wenige Arbeitsniederlegungen und Friedensdemonstrationen ruhig. Doch nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Russland machte die neue russische Regierung das Angebot: Frieden ohne Gebietsforderungen und Entschädigungen. Dadurch schien zum ersten mal der Frieden zum Greifen nah. Umso enttäuschender war es, als sich der Friedensschluss wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte.

In dieser Situation unternahmen die Berliner Obleute in engem Kontakt mit USPD und Spartakusgruppe einen weiteren Anlauf. Am 28. Januar 1918 gelang es ihnen, in

Berlin eine neue Streikbewegung auszulösen. Es beteiligten sich 400.000 Personen, darunter viele Frauen. Diesmal rückten im Streik die Forderungen nach Frieden ganz in den Vordergrund. Die Arbeitsniederlegungen dauerten etwa eine Woche.

Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen an. Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei waren an der Tagesordnung. In die aus den Obleuten und der USPD-Führung gebildete Streikleitung traten auf Drängen ihrer Basis noch 3 Mitglieder des SPD-Vorstandes ein. Auch in anderen Städten und Regionen wie in München, Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg, Fürth u. a. kam es zu größeren Arbeitsniederlegungen, so dass der Streik insgesamt ca. eine Million Personen erfasste.

Es gab eine umfangreiche Flugschriftenagitation. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen jedoch nicht zustande. Die staatlichen Repressionen gegen die Beteiligten übertrafen alles bisher bekannte. Viele Streikende wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnis verurteilt, Tausende kamen an die Front.

Der Friedensschluss mit Russland kam erst Wochen später zustande, zwang den russischen Staat zu riesigen Gebietsabtretungen und legte ihm brutale Kriegslasten auf. Der Krieg im Westen ging weiter. Keins der Streikziele war erreicht worden. Die ganzen Anstrengungen und Opfer schienen vergebens.

Doch nach einer Phase der internen Neuorganisation begannen die oppositionellen Gewerkschaftler ab Mai 1918 die nächste Massenaktion zu planen, diesmal als bewaffnete Erhebung zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Früher als erwartet, am 9. November 1918, bot sich ihnen eine neue Chance. Wieder spielten die Obleute die entscheidende Rolle beim Aufstand in Berlin, der als Schlusspunkt der von der Marinemeuterei ausgelösten revolutionären Welle den Zusammenbruch des Kaiserreichs besiegelte und zum Friedensschluss und zur Gründung der ersten Demokratie auf deutschem Boden führte.

**ERFOLGREICHE BASISBEWEGUNG**

Eine Basisbewegung der Arbeiterschaft in den Betrieben hatte sich entgegen dem Druck der eigenen Gewerkschaftsführung und trotz massiver staatlicher Repressionen mehrfach sichtbar und letztendlich in der Novemberrevolution 1918 erfolgreich in das politische Geschehen eingeschaltet. Im November 1919 wurde dann mit großer Mehrheit ein neuer Vorstand im Deutschen Metallarbeiter-Verband gewählt, der aus den Reihen der Opposition gegen den Krieg kam. **Ottokar Luban** □

**August-Bebel-Institut:****Frauen und das Politikverbot**

**„100 Jahre Aufhebung des Politikverbots für Frauen – und seine Wirkung bis in die Gegenwart“ lautet das Thema einer Veranstaltung des August-Bebel-Instituts am 26. Februar.**

Warum sind Frauen heute vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik zu finden? Warum sind Frauenquoten nötig? Warum interessieren sich Frauen nicht breiter für Politik?

Die Ursachen dafür liegen in sechzig Jahre Ausschluss von Frauen aus der Politik begründet. Seit 1850 war es Frauen untersagt, sich politisch zu organisieren. Angeblich sollten damit Frauen vor „politischer Verführung“ geschützt werden. **PM** □

➔ Vortrag: Claudia von Gélieu (Frauentouren), Di 26. Februar, 18–20 Uhr, Berlin-Wedding, beitragsfrei, Anmeldung bis 19. Februar, Veranstaltung K 85, Telefon 4692 121, Mail: kontakt@august-bebelinstitut.de

**Vor 50 Jahren:****Grundsatzprogramm und Rentenbeginn**

**Am Sonnabend, d. 15. Februar 1958 berichtete die Berliner Stimme** unter der Überschrift „Was ist jetzt zu tun?“ über eine Funktionärskonferenz der Berliner SPD mit Fritz Erler: „Die politischen Ziele der Sozialdemokratie müssen sich in ihrem Programm, ihrer Wahlplattform und ihrem Tageskampf widerspiegeln.“ Diskutiert wurde über ein neues Grundsatzprogramm der Partei. Die zweite industrielle Revolution habe begonnen, heißt es im Artikel, Deutschland müsse auf dem Gebiet der Forschung und der Heranbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses viel aufholen. „Die wachsende Produktivität der Arbeit zwingt zur Sicherung eines hohen Standes der Massenkaukraft und zu weiterer Verkürzung der Arbeitszeit. Damit wird eine gründliche Sozialreform über das Maß der bisherigen Rentenversicherung hinaus nicht nur möglich, sondern nötig.“ Willy Brandt ist als Regierender Bürgermeister „Für Berlin in den USA“, so der Aufmacher der BERLINER STIMME. Unter der Überschrift „Der alternde Mensch im Kampf um einen Arbeitsplatz“ berichtet die BS über die Schwierigkeiten Älterer, angesichts der in Berlin gegenüber dem Bundesdurchschnitt höheren Arbeitslosigkeit eine Stellung zu finden. Vorgeschlagen wird u.a. einmalig den Betroffenen die Möglichkeit einzuräumen, vor Vollendung des 65. Lebensjahres die Rente zu erhalten. **U.H.** □

# Stadt, Politik, Geschichte

## Neues Programm des August-Bebel-Instituts

**Das August-Bebel-Institut will einen Dialog für eine demokratische Stadtkultur: Fragen des Umgangs mit Migration leiten viele der Veranstaltungen im Frühjahr 2008. So geht es um die Vielfalt in der kommunalen Kulturpolitik, die Geschichte der bezirklichen Integrationspolitik und die Städtepartnerschaften mit der Türkei.**

Themen wie das Wahlrecht in den Bezirken, die Chancen für Neue Arbeit durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor und der Beitrag alternativer Wohnformen für die Berliner Stadtteilarbeit stehen ebenso auf der stadtpolitischen Agenda.

Das Jahr 1968 ist unser zeitgeschichtlicher Schwerpunkt: Welche Spuren hat die Außerparlamentarische Opposition in der Stadt, in der Gesellschaft und in der Sozialdemokratie hinterlassen? Wir beginnen mit einem Blick auf die Proteste gegen Vietnamkrieg und den Parteiausschluss Harry Ristocks. Den Ambivalenzen von Willy Brandt gegenüber der Studenten/innen-Bewegung gehen wir in unserer Veranstaltung »Mehr Demokratie wagen« nach. Mit einer Berlinrundfahrt suchen wir nach Spuren der Bewegung um Rudi

Dutschke. Im Sommer beschäftigen uns ein berühmter Tomatenwurf und die Entstehung der neuen Frauenbewegung.

Das August Bebel Institut beginnt in diesem Frühjahr mit einer neuen Diskussionsreihe »Was ist links in Europa?«. Die Definition linker Politik in Europa wird immer schwieriger, weil eine klare Einordnung von politischen Standpunkten in das traditionelle Rechts-Links-Schema heute oft nicht mehr eindeutig möglich ist. Wir fragen nach dem Zustand der Sozialdemokratie, nach der Rolle anderer linker Parteien und der emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Wir beginnen mit einem Blick auf Italien und Polen. Es folgen Veranstaltungen zur Türkei und zu Tschechien im nächsten Programmhälfte.

Natürlich haben wir wieder Workshops zum Handwerkszeug des ehrenamtlichen politischen Engagements im Angebot.

**Ingo Siebert** □

➔ Weitere Informationen und das aktuelle Frühjahrs-/Sommerprogramm gibt es beim August-Bebel-Institut, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Telefon 4692 -121, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de, Internet: www.august-bebel-institut.de

## Tipps & Termine

■ **Wolfgang Thierse trifft...** auch in den kommenden Monate prominente Gäste zur Talkrunde in der Kulturbrauerei. Am 19. Februar ist die Schauspielerin Jutta Lampe zu Gast, am 22. April kommt Bildungssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner, am 27. Mai wird die Rechtsanwältin Seyran Ates erwartet. Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr im Soda-Salon der Kulturbrauerei, Eingang Knaackstr. oder Sredzkistr.

■ Die Buchhandlung Schleichers und der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter laden zur **Diskussion über den UN-Weltklimareport** (Bericht über eine aufhaltsame Katastrophe, Verlag Kiepenheuer & Witsch) am Dienstag, 19. Februar 2008 um 19.30 Uhr. Der Klimawandel und seine unabsehbaren Folgen sind eines der beherrschenden Themen unserer Zeit. Auf der Grundlage des Reports diskutieren die deutschen Herausgeber des Berichts Michael Müller und Harald Kohl mit dem renommierten Klimaforscher Prof. Dr. Stefan Rahmstorf die politischen und ökonomischen Konsequenzen des Klimawandels. Die Moderation hat Christian Richter. Ort: Museen Dahlem, Lansstr. 8, 14195 Berlin (U-Bhf. Dahlem-Dorf), Eintritt € 10.- / erm. € 5.-. **PM** □

**G**EBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMINE

■ SPD Landesverband, **Lesung im Kurt-Schumacher-Haus mit Nicol Ljubic**, Sonntag, 17. Februar, 11.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ August-Bebel-Institut, **Vietnam und Partheiausschluss: Harry Ristocks bewegtes Jahr 1968**. Es diskutieren Zeitzeugen und Experten: Klaus Schütz, Dietrich Stobbe, Dieter Fitterling und Uwe Soukup u.a., Sonntag, 17. Februar, 16.00 bis 18 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

■ Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **„Selbst Aktiv“ bundesweit – Aktivitäten, Probleme und aktuelle Aufgaben (Referent: Karl Finke, Bundessprecher)**, Menschen mit Behinderung in Russland (Reisebericht von Sieghard Gummelt), Montag, 18. Februar, 16.30 Uhr (Achtung: anderer Wochentag), AWO Landesverband, Blücherstr. 62, 10961 Berlin, Lotte-Lemke-Saal, (Erdgeschoss)

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Strategie. Politik. Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen strategischer Politiksteuerung**, Podiumsdiskussion Prof. Dr. Joachim Raschke, Professor für Politikwissenschaft, Universität Hamburg und Autor von Politische Strategie. Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesumweltministerium; Sylvia Schenk, Vorsitzende Transparency International; Prof. Dr. Joachim Raschke, Universität Hamburg, Montag, 18. Februar, 19.00 bis 21.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, Anmeldung bitte unter [forum.ml@fes.de](mailto:forum.ml@fes.de)

■ SPD Pankow, **Thierse trifft ... Jutta Lampe**, Schauspieler, Dienstag, 19. Februar, 19.30 Uhr, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Eingang Knaack- oder Sredzkistraße.

■ Fachausschuss Internationale Politik, **Latinamerika und Nordafrika – aktuelle Projekte und Probleme**, Die neue Verfassung der Republik Bolivien - Juan-Luis Neumann; Delegationsreise der Berliner Jusos nach Kolumbien - Andreas Bodemer u. a.; Gesprächskreis lateinamerikanischer Genossinnen und Genossen in der SPD, Peter Treichel, Referent beim SPD-Parteivorstand, Mittwoch, 20. Februar, 18.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 3, 10117 Berlin (Raum siehe Aushang)

■ Fachausschuss Stadt des Wissens - AG Schule, **Kinderschutz**, mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion Stefanie Winde, Mittwoch, 20. Februar, 18.00 bis 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ SPD und BVV Treptow-Köpenick, **Ausstellungseröffnung: Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt: Aristides de Sousa Mendes** - Ein Beispiel für Zivilcourage, Donnerstag, 21. Februar, 19.30 bis 21.30 Uhr, BVV-Saal des Rathauses Treptow, Neue Krugallee 4, Berlin-Treptow-Köpenick | S-Bhf. Plänterwald

■ AWO, **Autorenlesung: Gudrun Blankenburg liest aus ihrem Buch "Friedenau - Künstlerort und Wohndyll"** mit anschließender Diskussion. Musikalische Umrahmung Bärbel Turek. Bücher können erworben und signiert werden. Freitag, 22. Februar, um 18.00 Uhr, Freizeitstätte Stierstr. 20 a, Nähe Rathaus Friedenau, Bus M 48 und M 85

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Heterogenität in der Schule - individuelle und standardorientierte Kompetenzentwicklung**, Freitag, 22. Februar, von 9.00 bis 16.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, Anmeldung und weitere Informationen: Tel. 26935-835 oder mail BerlinPolitik@fes.de

■ AG 60plus, **Neujahrsempfang**, Freitag, 29. Februar, von 16.00 bis 19.00 Uhr, Nachbarschaftsheim e. V., Urbanstr. 21, 10961 Berlin

■ ASG, **Workshop zum Thema „Prävention“**, Freitag, 29. Februar, von 13.30 bis 21.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Anmeldungen im Büro der ASG im Willy-Brandt-Haus bei Gertrud Breidel-Günster, Mail: [gertrud.breidelguenster@spd.de](mailto:gertrud.breidelguenster@spd.de), Tel. 030/25991-412 erfolgen.

■ August-Bebel-Institut, **100 Jahre Aufhebung des Politikverbots für Frauen – und seine Wirkung bis in die Gegenwart**, Vortrag von Claudia von Gelieu, Dienstag, 26. Februar, von 18.00 bis 20.00 Uhr, Berlin-Wedding, Anmeldung bis 19. Februar, Veranstaltung K 85, unter: [kontakt@august-bebel-institut.de](mailto:kontakt@august-bebel-institut.de)

■ August-Bebel-Institut, **Politik mit gestalten – Wegweisung und Anregung für Neueinsteiger/innen**, Samstag, 1. März, von 10.00 bis 17.00 Uhr, Berlin-Wedding, Beitrag 10 € inkl. Verpflegung und Getränke, Anmeldung bis 20. Februar 2008 unter [thanner@august-bebel-institut.de](mailto:thanner@august-bebel-institut.de), Veranstaltung K 33

■ SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Holländische Architektur - Stadtrundfahrt**, Sonntag, 9. März 2008, Abfahrt: 9.00 Uhr, Rückkunft gegen 17.00 Uhr, Treffpunkt: Fehrbelliner Platz Ecke Württembergische Straße vor der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Stationen: Potsdam mit dem Holländerviertel (1733 bis 1740, Johann Boumann) und der Schiller-Siedlung (1935 bis 1938) und Berlin-Staaken mit der Gartenstadt Staaken (1914-1917, 1926-1929) von Paul Schmitthener, Carl Derleder und Ludwig Lesser sowie der Luftschiffer-Siedlung („Neu-Jerusalem“, 1923/24) von Erwin Gutkind, Anmeldung an: [burkhard.z@t-online.de](mailto:burkhard.z@t-online.de) | Kosten 13,- €

■ Bürgerbüro Klaus Uwe Benneter, MdB, Podiumsdiskussion: **Warum brauchen wir ein Verbot der NPD?** mit Dr. Erhart Körting (Senator für Inneres) Klaus Uwe Benneter, MdB und Vertretern der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dienstag, 18. März, 18.00 Uhr, Schwartzsche Villa, Grunewaldstraße 55, Berlin-Steglitz,

## S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder [info@dzembritzki.de](mailto:info@dzembritzki.de)

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de).

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de) Nächster Termin: Freitag, 14. März 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro:** Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 28. Februar 2008, von 16.30 bis 19.00 Uhr, Donners- tag, 27. März 2008, 15.00 bis 18.00 Uhr -- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter [joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de](mailto:joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de)

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter [andreas.buechner@spd.de](mailto:andreas.buechner@spd.de).

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

## T RAUER

**Karl-Heinz Bahr**, geb. 12.7.1922, Abt. 05/09 Südpark-Tiefwerder, Mitgl. s. 1. Sept. 1946; **Heinz Gürtler**, geb. 18.3.1926, Abt. Heiligen- see, Mitgl. s. 1.1.1958; **Michael Klinger**, geb. 27.10.1941, Abt. Staaken, Mitgl.s. 2.1.1973; **Eduard Lesniak**, geb. 18.5.1925, Abt. Staaken, Mitgl. s. Jan. 1973; **Sebastian Dittrich**, geb. 3.2.1981, Abt. Neustadt, Mitgl. s. 1.12.2006; **Günter Henning**, geb. 22.3.1937, Abt. Hasel- horst-Siemensstadt, Mitgl. s. 1.1.1971

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de).

Berlinale:

# Erfolg im Filmgeschäft

## Förderbudget in Berlin und Brandenburg aufgestockt

Die an diesem Wochenende zu Ende gehende Berlinale hat die Filmstadt Berlin „mehr denn je ins Zentrum der internationalen Öffentlichkeit“ gerückt, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit.

Neben den glanzvollen Auftritten u.a. der Rolling Stones, die zur Premiere des Konzertfilms *Shine a Light* von Oscar-Gewinner Martin Scorsese nach Berlin kamen und Stars wie Penelope Cruz, Ben Kingsley oder Goldie Hawn, setzte die Berlinale auch mit ihrer Kinderfilmreihe oder der Sonderreihe „War at Home“ Akzente. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung nahm sie den 40. Jahrestag der Viet-

namkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Berlin zum Anlass für eine Filmreihe über den Vietnamkrieg.

Klaus Wowereit erinnerte daran, dass die Länder Berlin und Brandenburg kürzlich eine Erhöhung der Förderbudgets der Medienboard um insgesamt drei Millionen Euro für 2008 und 2009 zugesagt hätten. Der Regierende Bürgermeister: „Wie erfolgreich unsere Filmförderpolitik ist, das zeigt sich daran, dass wir für vom Medienboard geförderte Produktionen 2008 bereits zwei Oscar-Nominierungen verzeichnen und dass bei der Berlinale acht geförderte Filme laufen.“

PM □

13. bis 15. Juni:

## „Aktiv mitmischen“

### Berlin 08 – ein Festival für junge Politik und Kultur

Vom 13. bis 15. Juni 2008 kommen Tausende von engagierten Jugendlichen im FEZ – Berlin zusammen, um bei über 350 Einzelveranstaltungen aus den Bereichen Politik, Gesellschaft, Musik, Sport und Kultur mitzumachen. Das Festival „Berlin 08“ richtet sich an Jugendliche von 14 bis 24 Jahren.

Das Besondere an Berlin 08: Es ist von und für Jugendliche gemacht. Es sind junge Erwachsene, die das Programm organisieren und gestalten. Und weil Engagement viele Gesichter hat, konnten die Organisatoren viele bekannte Bands für ein spannendes Rahmenprogramm gewinnen. „Ich würde mich freuen“, so der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz, „wenn möglichst viele Jugendliche aus Berlin die Chance nutzen an Berlin 08 teilzunehmen. Denn das Festival bietet ihnen eine hervorragende Gelegenheit, ihre Pro-

jekte in der Öffentlichkeit vorzustellen, interessante Partner kennenzulernen und sich zu vernetzen.“ Swen Schulz ist überzeugt: „Jugendliche Gedanken sorgen für frischen Wind und geben der Gesellschaft neue Impulse – selbst erfahrene Politikerinnen und Politiker können hier noch etwas lernen.“

Swen Schulz hält das Festival für eine hervorragende Idee: „Ich möchte die jungen Leute ermutigen aktiv mitzumischen. Auf dem Festival lernen Jugendliche die breite Palette an gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten kennen und diese wahrzunehmen. Frei nach dem Festival-Motto: Nur, wer was macht, kann auch verändern!“

Informationen auf der Website des „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“ [www.du-machst.de/berlino8](http://www.du-machst.de/berlino8), Mail: [berlino8@du-machst.de](mailto:berlino8@du-machst.de)

## KULTURTIPPS

**Pablo Picasso – Frieden. Politische Grafik, Fotografien und Dokumente aus der Sammlung Gérard Gosselin.** Erstmals in Berlin wird das politische Engagement des spanischen Künstlers Pablo Picasso (1881-1973) gewürdigt. Neben Skizzen und Plakate werden bisher unveröffentlichte Fotografien, Dokumente und Zeichnungen für die Zeitung „Le Humanité“ präsentiert.

Willy-Brandt-Haus, Di-So, 12:00-18:00 Uhr. 030-259 93-700. Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.

**Glamour! Das Girl wird feine Dame – Frauendarstellungen in der späten Weimarer Republik.** Die schillernde, elegante Mode und die Film- und Modefotografie der Jahre um 1930 gelten bis heute als Sinnbild des 'Glamours'. Mondäne Filmdiven, Mannequins von unnahbarer Ausstrahlung, vornehme Frauen in der Großstadt – die 'Dame' löste in den späten Zwanziger Jahren das 'Girl' als gängigsten Frauentypus der Zeit ab. Viele Frauen orientierten sich an dem, was ihnen in Modezeitschriften und auf Kinoleinwänden begegnete und mit dem femininen Stil, den sie dort sahen, veränderte sich auch ihr eigenes Aussehen: Es entstand eine neue Mode.

Georg-Kolbe-Museum, 17.02.-12.05. Di-So 10:00-17:00 Uhr. 030 304 21 44.

**Die 68er.** Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb lädt bis zum 31. Mai 2008 im Berliner Amerika Haus zur Beschäftigung mit den Ereignissen des Jahres 1968 ein. Berlin war neben Frankfurt am Main und Hamburg einer der Schwerpunkte der 68er-Bewegung – die im Kern eine Rebellion gegen die Generation der Eltern und deren Mitschuld an den Verbrechen der Nazi-Diktatur war. Die Bilder der Jahre 1967 und 1968 haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingegraben.

Amerika Haus, täglich 10:00-20:00 Uhr. 0228-99515-296. Eintritt frei.